

2019

JAHRESRÜCKBLICK

Bericht

Dokumentation



**Förderverein Gedenkstätte Steinwache –
Internationales Rombergpark-Komitee e.V.**



Jahresbericht für die Mitglieder des Fördervereins



**Der Förderverein ist Mitglied der FIR –
Internationale Föderation der Widerstandskämpfer-Bund der Antifaschisten.**

Förderverein Gedenkstätte Steinwache-Internationales Rombergpark-Komitee e.V.

V.i.S.d.P. : Ernst Söder Brunebeckweg 9 44227 Dortmund – Vorsitzender –

Fotos: Hannelore Tölke, Georg Deventer, Jane van Tongeren, Ernst Söder, Roelof Ijspeerd, Wolf Stötzel, Nordstadtblogger, Dortmund-Agentur, Ralf Brinkmann, Ulli Steinmann, Claus Stille, Ruhr Nachrichten / WR

Der Förderverein ist vom Finanzamt Dortmund-Hörde unter
Steuer Nr. 315/5791/1487 gemeinnützig anerkannt.
Vereinsregister Amtsgericht Dortmund 4949.

[http:// www.steinwache-rombergparkkomitee.org](http://www.steinwache-rombergparkkomitee.org)

Inhaltsverzeichnis

• Erinnerung an verstorbene Mitglieder und Freunde des Fördervereins	Seite 04
• Einleitung des Vorsitzenden	Seite 05
• 80. Geburtstage von Gisa Marschefski und Ernst Söder	Seite 06
• Gedenktag an die Befreiung Auschwitz am 27. Januar 2019	Seite 07
• Eine Fahrt zum Nachdenken: Jugendring Dortmund	Seite 08
• Leningrad und Auchwitz: Die doppelte Bedeutung des 27. Januar	Seite 09
• Besuch der Kriegsgräberstätte STALG VI A in Hemer	Seite 10
• Erinnern - gegen das Vergessen, Besuch auf dem Internationalen Friedhof Karfreitag 2019 in Brackel	Seite 12
• Mahn- und Gedenkveranstaltung in der Bittermark	Seite 13
• Gedenken im Südpark in Lünen	Seite 23
• Gedenkveranstaltung in Lippstadt	Seite 24
• Dortmund bunt statt braun: Nazis stoppen – ein demokratisches Europa verteidigen – Demonstration in Hörde	Seite 28
• Erinnerung an den Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion am 22.6.1941	Seite 30
• Ein Rückblick: Übergabe des Gedenksteins an der Westfalenhalle am 5.4.2007	Seite 35
• Stolpersteinverlegung in Dortmund-Hombruch	Seite 36
• Erinnern und Gedenken an Hombrucher Widerstandskämpfer	Seite 38
• Antikriegstag am 1. September 2019	Seite 40
• Blumen für Stukenbrock – Antikriegstag am 7.9.2019	Seite 44
• Wir erinnern an Kurt Piehl und Wladimir Gall	Seite 50
• Ein Rückblick in die Geschichte: Das Grundgesetz und die Nazis	Seite 53
• Ausstellungen Justiz und Wehrmacht	Seite 57
• Dortmund setzt Zeichen gegen Antisemitismus	Seite 58
• Architektenwettbewerb: Anbau an der Steinwache	Seite 63
• Die Post würdigt Fritz Bauer mit einer Briefmarke	Seite 64
• Volkstrauertag und „Aktion 3“	Seite 66
• Ernst Söder: In eigener Sache – 20 Jahre Vorsitzender des Fördervereins	Seite 67



Erinnerung an verstorbene Mitglieder Freundinnen und Freunde des Fördervereins

Celine van der Hoek-de Vries

Wladimir Samoilowitsch Gall

Günter Samtlebe

Isa Nigge

Michel Vanderborght

Fritz und Helma Kwiatkowski

Arnold Haumann

Heinz und Lore Junge

Ernst Marschefski

Erich Rüttel

Friedrich Knorr

Werner Haneberg

Kurt und Gisela Piehl

Christian Landkowski

Andreas Manz

Helmut Gravemann

Ingrid Grothe

Fritz Hellemeier

Hela Disterhöft

Cornelius van Tongeren

Hans Wilhelm Bohrisch

Walter Liggesmeyer

Einleitung

Liebe Freundinnen und Freunde des Fördervereins,

in Abstimmung mit dem Vorstand lege ich hiermit den Geschäftsbericht für das Jahr 2019 vor. Der Bericht soll unseren Mitgliedern die Möglichkeit geben, die Arbeit des Vorstandes und die Vereinsaktivitäten des vergangenen Jahres zu bewerten. Wir informieren über die vielfachen Unternehmungen und Aktionen, die wir als Förderverein durchgeführt bzw. uns an Projekten Dritter beteiligt haben.

Vielfache Aktivitäten ergeben sich aus den alljährlich wiederkehrenden Standardveranstaltungen, wie beispielsweise das Gedenken in der Bittermark und auf dem Internationalen Friedhof sowie der Antikriegstag am 1. September. In diesem Jahresrückblick werden wir über die einzelnen Abläufe in Wort und Bild informieren und auch geschichtsrelevante Ereignisse beschreiben.

Mit großer Besorgnis verzeichnen wir im Jahre 2019 eine Zunahme neofaschistischer Gewalt in Deutschland. Am 2. Juni wurde in einem Ort bei Kassel der nordhessische Regierungspräsident Walter Lübcke von einem bekannten Neonazi durch einen Kopfschuss getötet. Wenige Tage nach dem Mord erhielt auch die Kölner Oberbürgermeisterin Morddrohungen, ebenso der Oberbürgermeister in Leipzig. Und Anfang Oktober erfahren wir von einem antisemitischen Hass in Halle, bei dem ein Rechtsterrorist und Rassist zwei Menschen getötet hat. Mehr als 70 Jahre nach Auschwitz ist Antisemitismus in Deutschland wieder aktueller denn je. Es ist unerträglich, dass die jüdische Bevölkerung wieder zur Zielscheibe von Aggressionen wird.

Trotz dieser Tatsachen verharmlost der bundesdeutsche Verfassungsschutz in seinem Jahresbericht die rechte Gefahr und versucht, solche Ereignisse als „Einzelfälle“ abzutun. Dabei wird deutlich, dass diese Ämter weniger zur Aufklärung über rechte Strukturen, sondern eher zur Vertuschung von Taten und Tatbeteiligten beigetragen haben.

Im Gegensatz dazu haben antifaschistische Aufklärungsnetze und die Zivilgesellschaft viele der jetzt bekannten neofaschistischen Strukturen ans Licht gebracht. Es ist an der Zeit, dass die Bundesregierung klare politische Signale gegen diese gefährliche Entwicklung setzt.

„Wehret den Anfängen“ – auch jetzt wieder! Wir sind gefordert, gegen die zunehmenden rechtsradikalen Tendenzen Position zu beziehen und die Menschen aufzuklären. Unsere Demokratie ist zwar stabil, sie ist aber auch schnell durch Neonazis und rechte Populisten in Gefahr.

Die Menschen müssen endlich damit aufhören, die geistigen und mittlerweile auch praktischen Brandstifter als „Protestwähler“ oder „Mitläufer“ zu verharmlosen. Es sind Demokratie- und Menschenfeinde. In ihren Köpfen ist nur noch Hass und Tumbheit. Sie haben sich in ihrer Parallelgesellschaft so radikalisiert, dass ihnen mittlerweile nur noch mit juristischen Mitteln beizukommen ist. Und wer angesichts des Schulterchlusses rechtsradikaler Kräfte noch von „berechtigtem Bürgerprotest“ spricht, wer immer noch die AfD unterstützt, um „denen da oben eins auszuwischen“, der muss wissen, was er tut. Der öffnet alten und neuen Nazis die Türen.

Den Mitgliedern des Vorstandes danke ich an dieser Stelle für die faire und freundschaftliche Zusammenarbeit und den Mitarbeitern in der Steinwache, im Dortmunder Stadtarchiv sowie unseren Partnern der Auslandsgesellschaft für die Unterstützung unserer Arbeit in den vergangenen Jahren.

Ich wünsche mir, dass der Bericht Anregungen für Diskussionen bietet und mit Interesse gelesen wird.

Ernst Söder – Vorsitzender des Fördervereins

80. Geburtstage 2019



Gisa Marschefski vollendete am 13. Februar 2019
Ihr 80. Lebensjahr.

Sie wirkte viele Jahre für das Internationale Rombergpark-Komitee, als Generalsekretärin und jetzt als Ehrenmitglied des Fördervereins Gedenkstätte Steinwache-IRPK e.V. Lange Zeit war Gisa Mitglied des Vorstandes der VVN. Unvergessen sind ihre bewegenden Karfreitagsreden in der Bittermark in den Jahren 2003 bis 2010, wo sie u.a. an das Schicksal ihres Vaters und Onkels und der anderen Opfer der Gestapomorde vom Frühjahr 1945 erinnerte.

Besonders junge Menschen hat sie mit ihrer Zeitzeugenarbeit beeindruckt. Bereits seit ihrer Jugend hat sie den Hinterbliebenen-Ausschuss mitbegründet. Verfolgungen wegen der Mitgliedschaft in der FDJ konnten sie nicht schrecken. Sie war Ostermarschiererin und geht noch immer, wenn auch nur im Geiste, mit. Gisa ist Trägerin der Ehrennadel der Stadt Dortmund.

*

Ernst Söder, geboren am 27.02.1939, wurde im Jahr 2019 ebenfalls
80 Jahre alt.

Nach einer Ausbildung bei der Stadtverwaltung Dortmund und einem anschließenden Studium an der Sozialakademie wechselte er im Januar 1960 als Sekretär zum Deutschen Gewerkschaftsbund in Dortmund. In den letzten Jahren bis zu seiner Pensionierung arbeitete er als Kreisvorsitzender des DGB in der Region Hellweg/Hochsauerland.



In den achtziger Jahren setzte sich Ernst als Vorsitzender des Dortmunder Jugendringes für den Erhalt der Steinwache ein, die vom Abriss bedroht war. Ohne des unermüdlichen Engagement und die Beharrlichkeit des Dortmunder Jugendringes würde es die Gedenkstätte Steinwache in Dortmund heute nicht geben.

Im Jahre 1996 trat Ernst Söder dem Antifaschistischen Seminar bei, aus dem 1997 der Förderverein Gedenkstätte Steinwache entstanden ist. Im Dezember 1999 wurde er erstmalig zum Vorsitzenden des Fördervereins gewählt.

Für sein Wirken in der Kommunalpolitik erhielt Ernst Söder 1989 die Ehrennadel der Stadt Dortmund, und im Jahre 2004 das Bundesverdienstkreuz am Bande, womit insbesondere auch der Einsatz für den Erhalt der Dortmunder Steinwache gewürdigt wurde.



Gedenktag an die Befreiung von Auschwitz

27. Januar 2019

„Sage nie du gehst den letzten Weg“



Mit: Schauspieler
Andreas Weißert: Gedichte
Sturm: Lieder des
en Widerstands
eber: Geige
agt: Jüdische Gemeinde
ssische Botschaft

27. Januar, Gedenktag
an die Befreiung des KZ
und Vernichtungslagers
Auschwitz/Birkenau
durch die Rote Armee

Unter diesem Titel veranstaltet das
BDgR und die VVN/BdA einen an-
tifaschistischen Gang über den jü-
dischen Teil des Ost-Friedhofs zum
Mahnmal für die Opfer der Shoa.

Mit dem Gedenken an die Verbrechen
des Hitlerfaschismus an den
europäischen Juden verbinden wir
das Gedenken an alle Opfer von Fa-
schismus und Krieg und wiederho-
len das „Nie Wieder!“

Wir erinnern an die Befreiung von
Auschwitz durch die Rote Armee,
die dem Grauen dort ein Ende berei-
tete und ein Signal für die Befreiung
Europas am 8. Mai 1945 war.

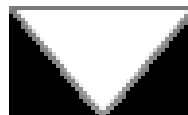
**Sonntag, 27. Januar, 15 Uhr am Haupteingang des
Ostfriedhofs, Robert-Koch-Straße, Dortmund**



WIR IN DORTMUND
für mehr Leben und Demokratie
www.wirindortmund.de



Der Förderverein hat den Aufruf
unterstützt und zu dieser
Gedenkveranstaltung ebenfalls
eingeladen.



Jutta Reiter, Vorsitzende des DGB in
Dortmund, hielt am 27. Januar 2019 die
Ansprache in Hombruch. Jutta Reiter ist
Mitglied des Fördervereins. Auf dem Foto sind
ferner unsere Vereinsmitglieder Ulli Steinmann,
Inge Albrecht Winterhoff und Ernst Söder
abgebildet.

RN 27.1.2019



Eine Fahrt zum Nachdenken

Gedenkbahnfahrt des Jugendringes Dortmund zum Holocausttag am 27. Januar 2019.



Mitglieder des Fördervereins Steinwache – IRPK haben an der Fahrt durch die Stadt teilgenommen.

Nachdenken – Über die Gesellschaft, in der wir leben wollen
Erinnern – An die Opfer des Nationalsozialismus
Handeln – Für Demokratie und Menschenrechte.

Vom Haltepunkt Wittener Straße geht es Richtung Osten. Etwa 180 Menschen haben sich an der Fahrt beteiligt. An der Wendeschleife in Wambel macht die Gedenkbahn Halt.

Andreas Roshol vom Jugendring (und Vorstandsmitglied des Fördervereins):

„Der Gedenkzug soll seine Passagiere zum Nachdenken einladen.

Es gilt, die Menschenrechte zu verteidigen. Eine Gesellschaft, die Menschenrechte ernst nimmt, stellt sich gegen Antisemitismus und Rassismus. Wir merken in Deutschland gerade, wie zerbrechlich alles ist, was nach 1945 aufgebaut worden ist. Wir sehen die Schablonen, die auf den Nationalsozialismus passen. Das erkennt sogar der Verfassungsschutz, wenn er die AfD zum Prüffall erklärt“.

Begleitet wurde die Reise vom Liedermacher Boris Gott, von der früheren Primaballerina am Theater, Monica Fotescu-Uta, Thorsten Trelenberg, Wolfgang und Sevgi Kahramann-Brust, Claudia Werner und Zimmer Orkestra. Ebenso waren viele Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Schulen dabei.



Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten erinnerte am 27. Januar nicht nur an den Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz im Jahre 1945, sondern in 2019 auch an den 75. Jahrestag der Befreiung der Stadt Leningrad mit der Durchbrechung der Blockade durch die sowjetische Armee am 27. Januar 1944.

Die 900 Tage der Blockade durch deutsche, finnische und spanische Truppen haben unendliches Leid, Tod und Zerstörung über die Stadt und ihre Einwohner gebracht. Ziel der Blockade war es, die Leningrader Bevölkerung systematisch auszuhungern. Am 8. September 1941 wurden alle Versorgungswege für die Millionenstadt abgeschnitten, es blieb nur noch der Weg über den Ladogasee. Und tatsächlich starben mehr als eine Million Menschen während der Belagerung bis zum 27. Januar 1944 an Hunger und Mangelernährung. Die Geschichtsschreibung spricht – auch aus diesem Grunde – bei dem faschistischen Krieg gegen die Sowjetunion von einem „Vernichtungskrieg“.

Dennoch haben die Menschen in Leningrad knapp drei Jahre heroisch gekämpft und damit nicht nur der faschistischen Bestie widerstanden, sondern auch für alle Welt ein sichtbares Zeichen gesetzt, dass die „unbesiegbare“ Wehrmacht an ihre Grenzen stößt. Die Heldentaten der Einwohner und der sowjetischen Armee, die im Winter die Versorgung der Menschen über die zugefrorene Ostsee organisierte und die im Januar 1944 den Blockade-Ring sprengen konnte, sind unvergessen. Zu Recht wurde die Stadt und ihren Einwohnern nach dem Krieg der Ehrentitel „Heldenstadt“ zuerkannt. Diesen Titel trägt die Stadt bis heute, auch wenn sie nun St. Petersburg heißt.

Die internationale antifaschistische Bewegung gedenkt der mehr als eine Millionen Opfer der Blockade und würdigt die Helden, die für die Befreiung vom Faschismus ihr Leben gegeben haben.

Mitglieder des Fördervereins besuchen die Kriegsgräberstätte des Lagers Stalag VI A in Hemer

Gemeinsam mit den Gästen aus den Niederlanden und Berlin unternahm der Förderverein am Donnerstag vor Karfreitag eine Studienfahrt zur Gedenkstätte des Stalag VI A in Hemer und hat dort u.a. auch die Kriegsgräberstätten des Lagers besucht. Stalag ist eine Abkürzung für „Kriegsgefangenen-Mannschaftsstammlager.“ Das Stalag VI A in Hemer war während des Zweiten Weltkrieges eines der größten Kriegsgefangenenlager im Deutschen Reich. Mehr als 320 Tausend Kriegsgefangene durchliefen von September 1939 bis April 1945 das Lager in Hemer.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Studienfahrt nach Hemer.

Hier: Das Mahnmal an der Kaserne – ein Zeichen der Völkerverständigung und der Versöhnung.

Menschen verschiedener Nationen wurden dort unter unmenschlichen Bedingungen gefangen gehalten. Hunger, Krankheit, Misshandlungen und Erschöpfung kostete vielen Gefangenen das Leben. Besonders schlimm war das Los der sowjetischen Kriegsgefangenen, die ab Oktober 1941 im VI A inhaftiert waren.

Das Stalag VI A in Hemer war insbesondere für die Bereitstellung von Arbeitskräften für den Ruhrbergbau zuständig. Die Kriegsgefangenen mussten in Betrieben und Zechen schuften. Wenn sie nicht mehr arbeitsfähig waren, wurden sie völlig entkräftet von der harten Arbeit ins Lager zurückgeschickt. Viele, insbesondere sowjetische Kriegsgefangene, starben im Lager. Auf dem Friedhof auf dem Duloh wurden mehr als 20 Tausend, meist sowjetische Kriegsgefangene, begraben. Von vielen sind die Namen bis heute nicht bekannt. Das Denkmal auf der Kriegsgräberstätte „Höcklinger Weg“ trägt die Inschrift „Hier ruhen 3000 sowjetische Bürger, die in den Jahren 1941 – 1945 fern ihrer Heimat starben“.



Doris Borowski und Georg Deventer legen
an den Gedenkstätten ein Blumengebinde nieder.

Erinnern-gegen das Vergessen Karfreitag 2019: Besuch des Internationalen Friedhofs



Norbert Schilff moderierte die Veranstaltung. Iris-Bernert Leushacke sprach am sowjetischen Ehrenmal über die Fronarbeit und die Behandlung von Zwangsarbeiterinnen, Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen, die nach Dortmund verschleppt worden waren.

Am sowjetischen Ehrenmal hat ferner Dmitriy Kostovarov vom Historischen Verein AR.KOD.M gesprochen, dessen Vorsitzender er ist.

Dmitriy ist seit Dezember 2018 ebenfalls Mitglied des Fördervereins Steinwache/IRPK.

Mahn- und Gedenkveranstaltung in der Bittermark 2019

Etwa 1.700 Menschen gedachten an Karfreitag, 19. April 2019, am Mahnmal in der Bittermark, der Opfer der faschistischen Gewaltherrschaft. In der Osterzeit 1945 ermordeten Nazis im Rombergpark und in der Bittermark dreihundert Widerstandskämpfer, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene. Etwa zweihundert von ihnen sind auf der Lichtung im Stadtforst zur letzten Ruhe gebettet. Seit mehr als sechs Jahrzehnten erinnern die Stadt Dortmund und gesellschaftliche Verbände an Karfreitag an diese Verbrechen.

Auf dem Weg zum Mahnmal kamen die Besucher an Tafeln mit Bildern und Texten vorbei. Sie geben den Opfern der faschistischen Gewaltherrschaft ein Gesicht. Diesen „Weg der Erinnerung“ entwarfen junge Leute, die „Botschafter der Erinnerung“, die aktiv gegen das Vergessen der Schrecken der NS-Diktatur kämpfen und für Menschenrechte eintreten.

Etwa zweihundert Läufer absolvierten vor dem offiziellen Beginn der Veranstaltung den „Heinrich-Czerkus-Gedächtnislauf.“ Der Lauf startete am Stadion Rote Erde, führte über den Rombergpark bis zur Bittermark. Mit dieser Aktion, die vom Förderverein begleitet und unterstützt wird, erinnert der BVB seit nunmehr 15 Jahren an den Widerstandskämpfer und BVB Platzwart Heinrich Czerkus (1894-1945), der zu den Ermordeten zählt.



**Kranzniederlegung und stilles Gedenken vor dem Ehrenmal
Madame Nicole Godard, Wolfgang Asshoff, Oberbürgermeister Ullrich Sierau, Ernst Söder und
Botschafterinnen und Botschafter der Erinnerung**

Gang des Oberbürgermeisters und der Ehrengäste um das Mahnmal zur Krypta



Am Karfreitag 1958 wurde stellvertretend für die ermordeten französischen Zwangsarbeiter ein unbekanntes Opfer in der Krypta des Mahnmals beigesetzt. Seitdem gilt die Krypta als „Terre Francaise“ – französisches Land. „Dieser Ort möge eine Begegnungsstätte wahrer Menschlichkeit sein, wo nationale Grenzen keine Gültigkeit haben. Alle Teilnehmer mögen feierlich das Versprechen abgeben, alles in ihrer Kraft Stehende zu tun, um solche Gräueltaten, wie sie hier geschahen, in Zukunft zu verhindern“, so Oberbürgermeister Dietrich Keuning am 4. April 1958.

15.000 Menschen erlebten diese eindrucksvolle Gedenkstunde am Mahnmal in der Bittermark, darunter mehr als 1.000 ausländische Teilnehmer. So dokumentiert es die Westfälische Rundschau in ihrem Bericht am 5.4.1958.





Am Rednerpult: Madame Nicole Godard aus Frankreich

Madame Nicole Godard, Vorsitzende des Verbandes der Zwangs- und Arbeitsdeportierten, unterstrich in ihrer Rede „Wir haben ein Erbe angetreten. Wir setzen uns dafür ein, den Opfern ihre Würde zurückzugeben und immer wieder zu erinnern.“ Das bedeute auch, den Opfern damit Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. „Die Erinnerung ist eine Pflicht, die in unserer Verantwortung liegt. Erinnerung ist ein Schutzwall gegen die Gewalt!“

Oberbürgermeister Ullrich Sierau

hatte vorher in seiner Begrüßung darauf hingewiesen, dass die Verbrechen nicht ungeschehen gemacht werden können, „aber wir müssen uns der Verantwortung stellen, dass die Opfer nicht vergessen werden. Rassismus, Faschismus und Menschenverachtung führen zum Krieg.“ So lautet die Botschaft der Veranstaltung in der Bittermark: Nie wieder Rassismus, Faschismus und Menschenverachtung. Wir stehen gegen das Vergessen.“



Der Oberbürgermeister sagte weiter, dass das Karfreitagsgedenken kein rückwärtsgewandtes Ritual sei, sondern ein lebendiger Teil der Erinnerungskultur in der Dortmunder Stadtgesellschaft. Er bedankte sich bei den Mitgliedern des Verbandes französischer Zwangs- und Arbeitsdeportierten für ihr Kommen. "Der Besuch bedeutet uns sehr viel, denn es ist ein Zeichen der Versöhnung zwischen unseren Völkern. Gerade in Zeiten, in denen der Populismus wieder Auftrieb hat, stehen wir zusammen. Europa ist die Antwort auf zwei höllische Kriege. Europa steht für Frieden." Sierau erläuterte außerdem, dass der Rat entschieden hätte, ein begehbares Mahnmal auf der Kulturinsel Phoenix See zu bauen.



Beitrag der Botschafterinnen und Botschafter der Erinnerung



Nach der anschließenden Performance "Tanz zum Gedenken" – von Choreografin Monica Fotescu-Uta ausgearbeitet und von den Botschaftern der Erinnerung dargeboten – hatte der scheidende Bittermarkbeauftragte der Stadt Dortmund, **Wolfgang Asshoff** das Wort. Er nahm die Gäste zunächst mit auf die Reise in die Anfänge des Karfreitagsgedenkens und berichtete von Widerständen, aber auch von Menschen mit genug Mut, diese Veranstaltung zu etablieren. "Seitdem sind viele wichtige Persönlichkeiten gekommen, wie etwa die Bundespräsidenten Johannes Rau und Joachim Gauck. Und sie alle setzten sich für die

Einhaltung der Menschenwürde ein", so Wolfgang Asshoff.

Gemeinsam die Zukunft bauen

Der ehemalige Französischlehrer vom Max-Planck-Gymnasium engagierte sich seit Jahrzehnten für das Erinnern an die 300 Ermordeten. Darüber hinaus entstanden, durch seine Aktivitäten für den deutsch-französischen Austausch, viele Freundschaften über nationale Grenzen hinweg. Nur durch seinen andauernden Einsatz konnte die Gedenkfeier an Karfreitag in der Bittermark bis in die Gegenwart hinein fortleben.

Dafür bekam er unter anderem den Nationalen Verdienstorden Frankreichs. Dieser Orden zeichnet französische Träger für ihre besonderen Verdienste aus und wird nur in Ausnahmefällen an Menschen anderer Nationalitäten verliehen. Außerdem erhielt er das Bundesverdienstkreuz am Bande und die Ehrennadel der Stadt Dortmund.

Er fragte in seiner Rede: "Ist Gedenkkultur heute noch sinnvoll? Eine Welt, die Nationalismen und Egoismen zu verfallen droht, ist es wichtig auf Machtmechanismen hinzuweisen – politisch und gesamtgesellschaftlich. Nur wir zusammen können eine menschliche Zukunft bauen. Der alte Geist ist noch vorhanden. In diesem Sinne wünsche ich der Veranstaltung eine lange Dauer!"

Verneigung vor den Toten

Ernst Söder, Förderverein Gedenkstätte Steinwache – Internationales Rombergpark-Komitee e. V., beschloss die Reihe der Redner. Er verwies auf die Qualen, die die Toten von ihren Folterern ertragen mussten: "Wir verneigen uns heute vor diesen Toten im Gedenken an ihr Leid und kämpfen gegen Antisemitismus und Unmenschlichkeit." Söder warnte vor der Verharmlosung der Nazizeit und dem aufkeimenden Rechtspopulismus.

Auch in diesem Jahr galt sein Dank ausdrücklich den Botschafterinnen und Botschaftern der Erinnerung, die den Kampf gegen den auflebenden Faschismus und Rechtsextremismus mit friedlichen Mitteln aufgenommen haben. Mit der Stadt Dortmund gestalten die Botschafter der Erinnerung seit ein paar Jahren die Gedenkveranstaltung in der Bittermark.



Ihnen war die Schlussgestaltung vorbehalten. Mit Sänger Boris Walter und einem extra für diesen Anlass erarbeiteten Lied sowie ihrer Banneraktion leiteten sie über zum traditionell von allen Teilnehmenden und Gästen gesungenen Lied „Wir sind die Moorsoldaten“. Musikalisch begleiteten die Gedenkveranstaltung die Posaunenchor aus Dortmund sowie der Kinderchor der Chorakademie am Konzerthaus Dortmund e.V.



Jannis Gustke und Joyce Schröder
von den Botschafterinnen und Botschaftern der
Erinnerung moderierten die
Gedenkveranstaltung am Karfreitag 2019.



Kinderchor der Chorakademie



Ein Ausdruckstanz
der Choreografin
Monica Fotescu-Uta
und den
Botschafterinnen
und Botschaftern
der Erinnerung.





Redebeitrag von Ernst Söder

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
lieber Ulli Sierau,
verehrte Madame Godard, lieber
Wolfgang Asshoff,
liebe Botschafterinnen und Botschafter
der Erinnerung!
Meine Damen und Herren!

Wir klagen an! Wir klagen an den faschistischen Mob, der unsägliche Verbrechen an aufrechten Menschen und ihren Kindern verübt hat. Wir klagen an, wenn wir schweigen, schreien die Steine. Heute gedenken wir der Opfer der faschistischen Gewaltherrschaft, all' der Ermordeten, denen von den Nazis das Recht auf Leben abgesprochen wurde, derer die Widerstand leisteten, die ihr Leben als Andersdenkende verloren, die sich nicht beugten und ihre politische Überzeugung, ihre Moral und ihren Glauben nicht aufgaben. Wir gedenken der Bittermarkopfer und tausender sowjetischer, französischer, polnischer und jugoslawischer Kriegsgefangener und Zwangsarbeiter, die den Massenmördern ausgeliefert waren.

Diese, von einem zivilisierten Verhalten weit entfernte Barbarei – vor allem der Gestapo – war nicht nur eine Tat bloßer Willkür, sie macht das Wesen des Faschismus aus. Hände und Füße wurden diesen armen Opfern mit Stacheldraht gefesselt, ihre Leiber bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt, so dass die Mehrzahl von ihnen nicht mehr zu erkennen waren.

Warum diese Grausamkeiten? Oft wird gesagt, dass die Banditen nicht mehr auf einen „Endsieg“ hofften, dass sie Zeugen ihrer Verbrechen zum Schweigen bringen und sie als Mitgestalter Deutschlands ausschalten wollten. Aber verehrte Anwesende. Das ist eine Verharmlosung der Untaten. Können Kleinkinder Zeugen sein? Muss man sie quälen und töten, um sie als Zeugen zu beseitigen? Nein und abermals nein! Die Schergen glaubten an ihren „Endsieg“ und sie waren von der Richtigkeit ihrer Verbrechen überzeugt. Sie hielten sich für die Elite der Nation. Tatsächlich waren sie unerträgliche Lumpen und feige Verbrecher. So bleibt nur ein Schluss: Es war reine Mordlust, die sie trieb. Sie beendeten ihren Abgang mit Totschlag, Raub und Mord, ebenso wie sie in Deutschland ihren Machtantritt begonnen hatten.

Millionen von Toten hat die braune Pest zu verantworten. Aber die Menschen sind nicht einfach gestorben. Sie wurden ermordet, zertrampelt, vergast, erschlagen, sie wurden erstickt, ersäuft, gehängt, vergiftet, erschossen und abgespritzt. So stellten es die befreiten Buchenwälder in ihrem Schwur – heute vor genau 74 Jahren – am 19. April 1945 – fest.

Allein in Buchenwald wurden 56 Tausend Menschen ermordet. Man muss sich das vorstellen, die Zahlen sind abstrakt. Das sind beispielsweise alle Einwohner des Stadtbezirkes Hombruch bzw. Brackel oder in Dortmund-Aplerbeck.

Wir verneigen uns heute vor den Toten und wissen zugleich um die tiefen, lebenslang schmerzenden Wunden, unter denen die Überlebenden dieser Schrecken und Verbrechen zu leiden haben. Im Gedenken an das Leid und die im deutschen Namen begangenen Verbrechen, den weit in alle Bevölkerungskreise hineinreichenden Verlust von Humanität, bekennen wir uns dazu, wachsam gegenüber Unmenschlichkeit zu bleiben und uns gegen Ausgrenzung gegen Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu Wehr zu setzen.

Ewiggestrige sind jedoch bestrebt, von den Ursachen des Faschismus und dem unermüdlichen Leid der Hitlerdiktatur und seiner internationalen Verbrechen abzulenken. Es gibt bei uns, wie in anderen Ländern, seit langem neofaschistische Umtriebe, die nicht verharmlost und unbeachtet bleiben dürfen und die wir benennen müssen.

So ist es auch nicht hinnehmbar, dass der von den deutschen Faschisten begangene Völkermord von Abgeordneten des Deutschen Bundestages stets verharmlost wird. Parteien, die eine rassistische Politik betreiben und die Nazizeit verharmlosen, dürfen in deutschen Ländern keine Normalität werden. Sie sind überflüssig wie ein Kropf.

Der Rechtsextremismus sitzt in unserer Gesellschaft wie ein Krebsgeschwür und an manchen Stellen droht er, die gesunden Zellen aufzufressen. Hetzer und Populisten von rechts sind Rechtsradikale und sie sind Deutschnationale mit ihrer völkischen Rhetorik, auch wenn sie mit Adelstiteln daherkommen. Nicht nur in Deutschland, auch in anderen europäischen Ländern erfahren wir schon seit geraumer Zeit die Ernte des ausgesäten Windes, und aus einem lauen Lüftchen ist ein böser Sturm geworden. Doch das ist nicht der wünschenswerte, notwendige und frische Wind. Das ist der stinkende Wind aus der Kloake der Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Die Ausgrenzung Andersdenkender, anders Gläubiger und anders Aussehender, ist allgegenwärtig. Die Repression gegen die freie Presse feiert in einigen Ländern fröhlichen Urstand. Es ist vielerorts eine Atmosphäre voller Hass und Gewalt entstanden. Die Wahrheit ist schon seit langem kein Maßstab mehr, alles wird behauptet und zusammengelogen, wenn es nur die Ängste und Vorurteile schürt. Und die herrschende Politik gibt diesen Stimmungen nach und befeuert sie auch noch. Regierungen, wie beispielsweise in Italien, Polen und Ungarn machen die Gefahr einer Rechtsentwicklung in Europa deutlich. Mittlerweise haben diese Regierungen ihr politisches Profil unter das Motto „Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus“ gestellt.

Aber auch in Dänemark, Schweden, Österreich, in Frankreich und Großbritannien beobachten wir seit langem einen zunehmenden Rechtspopulismus, und im Baltikum ist es möglich, dass ehemalige Horden der SS öffentlich und mit dem Wohlwollen ihrer Regierungen ihre Paraden abhalten. Es ist unglaublich, dass diese Banditen aus dem deutschen Bundeshaushalt eine Rente beziehen, weil sie dem Führer bis zum Schluss gedient haben.

1945 haben die Menschen gesagt: „Nie wieder Krieg!“- Aber wieviel Kriege hat es seit 1945 gegeben, Kriege an denen auch unser Land beteiligt war. Jährlich werden fast zwei Billionen Euro für Rüstung und Krieg ausgegeben. Die Rüstungsexporte und Rüstungsimporte steigen, über 65 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht; auf der Suche nach Sicherheit ertrinken tausende Menschen im Mittelmeer, das zur tödlichen Grenze geworden ist. Die Kriege und bewaffneten Konflikte wie beispielsweise in Syrien, Kurdistan, im Irak, in Afghanistan oder der Ukraine nehmen kein Ende.

Wie lange, meine Damen und Herren, kann die Weltgemeinschaft das noch ertragen? Welche Sicherheiten haben wir, dass all diese Konflikte nicht eines Tages dazu führen, die Demokratien in Europa zu gefährden und es wieder zu totalitären Systemen kommen könnte?

Deshalb ist es notwendig, dass wir vor allem der jungen Generation immer wieder vor Augen führen, wo es schon einmal geendet hat, als man die Menschenwürde mit Füßen trat, die Grundprinzipien

mitmenschlichen Umgangs missachtete und einem von vielen Deutschen bejubelten Führer Allwissenheit und Allmacht zubilligte. Wir wissen, wohin uns das geführt hat. August Bebel hatte schon Recht, wenn er sagte, dass man nur dann die Gegenwart verstehen und die Zukunft gestalten kann, wenn man die Vergangenheit kennt.

Bemerkenswert und lobenswert sind die Aktivitäten der jungen Botschafterinnen und Botschafter der Erinnerung, die auch heute wieder diese Gedenkfeier vorbereitet und ausgestaltet haben. Liebe Freunde: Respekt für eure Aktivitäten und herzlichen Dank im Namen des Internationalen Rombergpark-Komitees für euren vorbildlichen und ermutigenden Einsatz. Ihr habt bisher einen ansehnlichen Beitrag in unserer Stadt für die Erinnerungskultur und in der Auseinandersetzung mit rechtsradikalen Tendenzen geleistet.

An den Gräbern der ermordeten legen wir ein Bekenntnis ab zu Frieden, Toleranz und Gerechtigkeit. Wir schulden es den unschuldigen Opfern und unserer Nachwelt. Bekennen wir uns zu ihren idealen von Menschenwürde und Freiheit.



**Gestapodienststelle in Hörde, Benninghofer Str. 16.
Hier wurden die Transporte für die Mordaktionen im Rombergpark und in der Bittermark
zusammengestellt.**

Erinnern und gedenken, mahnen, aber auch handeln, das ist unsere Losung. Ja, wir wollen Frieden, ja wir wollen eine Gesellschaft ohne Nazi horden und ihre Ideologie. Dafür müssen wir kämpfen und wachsam sein. Faschismus ist keine Weltanschauung, sondern ein Verbrechen. Faschisten sind Verbrecher, denen wir uns in den Weg stellen müssen.

Der schon erwähnte Schwur von Buchenwald, vom 19. April 1945, dem wir uns verpflichtet fühlen, besagt in seiner Kernaussage „den Kampf erst einzustellen, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht und das Ziel zu erstreben, eine neue Welt des Friedens und der Freiheit aufzubauen.“

Günter Pappenheim, Häftling von Buchenwald, schreibt dazu. „ Für mich war der Appell vom 19. April 1945 lebensbestimmend geworden. Wir 21 Tausend Überlebende des KZ Buchenwald schworen an diesem Tag und der Schwur wurde für uns der Kompass fürs Leben.

Und weiter: Wenn heute unterstellt wird, der Kerngedanke des Schwurs stelle die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland in Frage und gefährde sie sogar, ist eine unerträgliche Beleidigung der 56 Tausend Opfer und der Überlebenden des KZ Buchenwald. Die Ungeheuerlichkeit des Vorwurfs mahnt uns, im Bemühen um eine gerechtere Welt nicht nachzulassen und keinen Schritt zurückzuweichen. Dabei standhaft zu bleiben verlangt, sich Wissen anzueignen, historische Zusammenhänge begreifen zu lernen und die Fähigkeit zu schlussfolgern, auszuprägen.

Die solche üblen Gedankengänge aushecken, mögen uns erklären, was vernünftiger ist, als eine Welt des Friedens und der Freiheit, die die Bekämpfung des Faschismus mit seinen Wurzeln impliziert.“

Für mich ist nicht klar, warum der Schwur von Buchenwald verfassungswidrig sein soll, das können sich nur Hirne ausgedacht haben, die die Vergangenheit bis jetzt nicht bewältigen konnten.

Das beeindruckende Mahnmal in der Bittermark, vor dem wir stehen, wurde Ende der fünfziger Jahre errichtet. Es soll die Menschen für immer an die grausame Nazi Herrschaft in Dortmund und vielen Ländern Europas erinnern. Es schweigt nicht, seine Steine schreien und mahnen uns zu kämpfen, rastlos zu kämpfen gegen Faschismus und Krieg.



Botschafterinnen und Botschafter der Erinnerung stimmen am Ende der Veranstaltung gemeinsam mit dem Liedermacher Boris Walter das Lied der Moorsoldaten an.



Aufruf zum Widerstand gegen rechte Tendenzen

LÜNEN-SÜD. Zahlreiche Teilnehmer gedachten der sechs Lüner, die vor 74 Jahren von den Nazis ermordet wurden. Die Gedenkfeier war Mahnung und Aufruf zugleich.

Von M. Quiring-Lategahn

Bei strahlendem Sonnenschein hatten an Karfreitag (19. April) viele Menschen den Weg zum Mahnmal im Südpark gefunden. Vertreter des Schützenvereins, der beiden SPD-Ortsvereine Oberbecker und Lünen-Süd sowie der Siedlergemeinschaft Oberbecker und des Humanistischen Verbands Dortmund-Ruhr-Lippe waren gekommen. Zu den Teilnehmern zählten auch 25 Mitglieder des BVB-Fanclubs Schwarz-Gelbe Lünen. Sie trugen T-Shirts mit der Aufschrift „Gemeinsam für Borussia gegen Rassismus“.

Im Februar waren Stolpersteine vor den Häusern der ermordeten Lüner Johann Berg, Jakob Bink, August Dombrowski, Bernhard Höltmann, Johann König und Josef Kriska verlegt worden. Ihr Schicksal stand im Mittelpunkt der Veranstaltung.

Den Frieden sichern

Der Selmer Bürgermeister Mario Löhr erklärte, die Gestapo tötete kurz vor Kriegsende über 200 Zwangsarbeiter und Häftlinge, darunter auch die sechs Lüner. Ihr ein-



Manfred Kolodziejski (l.), Vorsitzender SPD Lünen-Süd, und Jens Hebebrand, Mitglied der SPD im Kreistag und im Humanistischen Verband, legten im Südpark einen Kranz nieder.

ziges Verbrechen war ihre Mitgliedschaft in der KPD und ihr Widerstand gegen Hitler.

Viele Jahre sei es unvorstellbar gewesen, dass sich Geschichte wiederholen könne, doch es gebe immer mehr Tendenzen. In den westlichen Demokratien seien vielerorts rechte Parteien auf dem Vormarsch. Flüchtlinge würden gerne als Sündenböcke missbraucht, in den sozialen Medien breiteten sich „Fake news“ aus. Löhr mahnte, nicht den Fehler zu begehen, auf die Argumente dieser Menschen hereinzufallen. Nur die Zusammenarbeit der Völker sichere den Frieden, Abgrenzung sei keine Lösung.

Im Hinblick auf die Europawahl erklärte Wilhelm: „Lassen wir nicht zu, das Gebäude Europa unter Wasserbombenbeschuss zu stellen. Retten wir die Statik von Europa, die uns Jahrzehnte Frieden gab.“

„Bedrohliche Verstrickung“

Auf rechte Tendenzen in der Gesellschaft ging Katrin Rieckermann vom Förderverein Gedenkstätte Steinwache/Internationales Rombergpark-Komitee, ein. „Der Widerstand der vor 74 Jahren Ermordeten verpflichtet uns, gegen Neonazis und Rechtspopulisten einzutreten.“ Sie thematisierte die „bundesweit bedrohliche Erscheinung der Verstrickung staatlicher Organe in die militante Szene“ unter anderem am Beispiel NSU.

Am 25. Mai, ein Tag vor der Europawahl, wollen laut Rieckermann in Dortmund Neonazis aufmarschieren. „Alle sind aufgefordert, zu zeigen, dass sie nicht willkommen sind.“ Solidarität und Mitmenschlichkeit müsse dagegen gesetzt werden.

Den Aufbau einer Welt des Friedens seien wir den Ermordeten schuldig, „auch wir in Lünen haben viel zu tun.“



Musikalisch umrahmte der Posaunenchor der Evangelischen Kirchengemeinde Horstmar-Preußen die Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nazi-Regimes an Karfreitag (19.4.) im Südpark.

FOTOS (2) QUIRING-LATEGAHN

Gedenkveranstaltung des DGB/IRPK in Lippstadt



Zur Erinnerung an die von den Faschisten in der Karwoche 1945 ermordeten Lippstädter Arbeiter des Union Werkes und ihre französischen Kollegen, findet seit den 90er Jahren kontinuierlich in Lippstadt eine Gedenkveranstaltung statt. Das Mahnmal wurde am 31.3.1948 von der Stadt Lippstadt, anlässlich der Gedächtnisfeier der Westfälischen Union, in Obhut genommen. Zwischen 1948 und 1985 hat es nach Informationen der Lippstädter Presse allerdings nur fünf Gedenkveranstaltungen gegeben. Ab und zu wurden Kränze niedergelegt. Im Jahre 1985 organisierte der DGB Kreis Soest eine Gedenkveranstaltung, der ein Trauerzug durch Lippstadts Innenstadt vorausgegangen war.

Im Jahre 1989 fand dann nach Jahren der Unterbrechung eine weitere Gedenkveranstaltung statt. Es war Lore Junge, die sich in Lippstadt aufhielt, um Gespräche mit Angehörigen der Opfer von 1945 zu führen. Lore Junge hatte vorgeschlagen, ähnlich wie in der Bittermark eine öffentliche Feierstunde mit einer Kranzniederlegung durchzuführen. Lore Junge und Werner Groß vertraten in diesem Jahr das internationale Rombergpark-Komitee.

1991 waren Meta Vannas aus Tallin, die im KZ Stutthof gefangen war und der niederländische Widerstandskämpfer Arie Boer für das Rombergpark-Komitee erschienen sowie Professor Michael Pirko aus Warschau, der auch die Ansprache hielt.

Seit 1995 finden inzwischen jährlich am Karsamstag am Gedenkstein Veranstaltungen des DGB und der Stadt Lippstadt statt. Ernst Söder, der in den Jahren Kreisvorsitzender des DGB in der Region Hellweg-Hochsauerland war, vereinbarte mit dem damaligen Bürgermeister Helfmeier, dass nunmehr jährlich der Opfer gedacht werden soll, was bis heute auch nicht mehr unterbrochen wurde.

Foto.: Wolf Stötzel – Georg Deventer – Ernst Söder

Für das Internationale Rombergpark-Komitee sprachen im Laufe der Zeit Karl-Heinz Gerhold, Gisa Marschefski, Vitaliy Katchanowskiy, Tamara Sushchenko, Dr. Antoni Slupik aus Warschau sowie Matjec Remiszcewski, ebenfalls aus Warschau und Wladimir Gall aus Moskau (2008).

Mehrfach haben Werner Groß dort gesprochen, ebenso Norbert Schliff und Ernst Söder (nach der Pensionierung beim DGB für das IRPK), Lore Junge und zuletzt im Jahr 2019 Georg Deventer.

Redebeitrag von Georg Deventer Karsamstag 2019

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Sabine Pfeffer, sehr geehrter Herr DGB-Kreisvorsitzender Holger Schild, verehrte Anwesende,

die Toten sind unter uns. Wir, die leben und sehen, gedenken heute den sechs deutschen Metallarbeitern und sieben

französischen Zwangsarbeitern, die 1945 von der Gestapo hier in Lippstadt verhaftet wurden und dann im Rombergpark bzw. in der Bittermark in Dortmund von der Gestapo ermordet worden sind. Die sechs mutigen Metallarbeiter des Union Drahtseilwerkes hier in Lippstadt hatten sich gegen die schlechte Behandlung der Kriegsgefangenen durch die Bewacher im Betrieb gewandt und öffentlich ihre Empörung über den Eroberungskrieg Hitlers geäußert.

Sie verbreiteten ausländische Rundfunknachrichten und standen in enger Verbindung zu den französischen Zwangsarbeitern, die nach Lippstadt verschleppt worden waren und hier zur Fronarbeit gezwungen wurden.

Von einem Spitzel auf die Spur gebracht, wurden die Metallarbeiter und französischen Kollegen von der Gestapo verschärft vernommen, dann ins Polizeigefängnis Herne überführt und in der Karwoche 1945 in einen Kerker in Dortmund-Hörde gebracht, wo sie mit anderen zusammengepresst auf ihren Abtransport in den Tod warteten.

Bei Nacht und Nebel wurden die Gefangenen aus den Kellern geführt, Bewaffnete hatten ihre Hände mit Stacheldraht gefesselt. Vor den Bombentrichtern niederknien werden sie von den Gestapobeamten erschossen und verscharrt.

Am gestrigen Karfreitag trafen sich viele hundert Menschen am Mahnmal in der Dortmunder Bittermark, um der Gewaltverbrechen der Nationalsozialisten in der Kriegsendphase zu gedenken. Allein die sog. Karfreitagsmorde 1945 in der Bittermark und im Rombergpark zählten über 300 Opfer. Wir betauern diese Meere von Augen, zu Stein erschrocken, ihre Leiber geschändet und um ihr Leben gebracht.

Unser Freund und Mitstreiter im Förderverein der Mahn-und Gedenkstätte Steinwache und Internationales Rombergparkkomitee Walter Liggesmeyer, Dortmunder Maler und Schriftsteller, mit



ostwestfälischen Wurzeln und vor zwei Jahren verstorben, hat in einem Gedicht zu den Opfern des Naziterrors und des Holocaust gemahnt:

„In allen Zeiten

mag man

ihren Namen auch vergessen.

Diese Asche bleibt -

Granit und schwarz“ Unermesslich: Jedes einzelne Leid. Unbegreiflich: so viele Opfer des Naziregimes und des verheerenden Krieges.“

Statistiken geben darüber keine Auskunft. Den oberflächlichen Menschen verhelfen sie eher, erduldetes Leiden aus dem Gedächtnis zu löschen. Wir müssen begreifen: jeder Einzelne kam auf die Welt, um zu leben und zu lernen, aufzuwachsen und zu reifen, um zu lieben und geliebt zu werden, zu träumen und zu fühlen. Jeder Einzelne mit dem Recht auf Menschenwürde und Achtung.

Wir betauern und beweinen die Opfer dieser menschenverachtenden und sinnlosen Gewalttaten, für die es absolut keine Rechtfertigung gibt. Wir müssen das Unrecht bekämpfen, wir müssen das Miteinander lernen, wir müssen Erinnern, wir müssen warnen und wir müssen handeln:

Denn inmitten unserer Gesellschaft sind

- Ausländerfeindlichkeit
- Gewalt gegen Andersdenkende
- Übergriffe gegen Schwache und Benachteiligte
- sind offenen gezeigter Rassismus, Antisemitismus und offen gezeigtes braunes Gedankengut kein
- Randproblem mehr.

Auf der Straße, bei Versammlungen, in der Musikszene, im Internet, in den Medien werden unverhohlen heuchlerische und fremdenfeindliche Parolen und rechtsextremes Gedankengut propagiert. Das darf nicht zugelassen werden. Rechtsextremismus und Rassismus dürfen durch Gleichgültigkeit, stillschweigende Billigung und tatenloses Wegsehen nicht genährt werden. Wir brauchen konsequente polizeiliche Reaktionen und wirkungsvolle strafrechtliche Konsequenzen für rechte Gewalt- und Straftäter und Volksverhetzer.

Bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sind insbesondere im Bereich der Sozialpolitik und in der Arbeitsmarktpolitik, im Bereich der Politik für Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Familien große Anstrengungen nötig. Die beste

Prävention gegen Gewalt und Rechtsextremismus und Rechtspopulismus ist eine sichere Lebensperspektive. Junge Menschen brauchen glaubwürdige Chancen auf gesellschaftliche Integration und Teilhabe. Man braucht konkrete Zukunftsperspektiven. Man braucht Anerkennung und keine Ausgrenzung. Eine erfolgreiche Politik in diesem Sinne ist zwar kein Garant für eine Verhinderung von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit, doch ohne sie sind alle präventiven Mühen vergeblich.

Schnell haben die rechten Demagogen begriffen, wie leicht sie Sozialschwache und an den Rand der Gesellschaft Gedrängte in ihren Bann ziehen können.

In der schulischen und außerschulischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen sind eine Vielzahl von Maßnahmen, Aktivitäten und Projekten nötig, um die junge Generation an demokratische und humanistische Grundwerte heranzuführen. Dies alles muss nachhaltig geschehen.

Wichtig ist auch die Förderung der Integration der hier lebenden ausländischen Heranwachsenden in der mittlerweile schon dritten Generation. Sie haben keinen oder eben einen anderen Zugang zur deutschen Erinnerungskultur.

Wir brauchen ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Es gibt überall im Lande eine Vielzahl hoffnungsvoller Ansätze. In Dortmund zum Beispiel haben sich in einigen demokratischen Bündnissen viele Organisationen, Vereine, Verbände, Parteien, Kirchen und gesellschaftliche Gruppen zusammengeschlossen, um nicht tatenlos zuzusehen.

In Schulen, Jugendverbänden und Freizeitstätten werden nachhaltig Initiativen und Aktionen geplant und durchgeführt. Es werden Netzwerke geschaffen. Insbesondere die „Botschafter der Erinnerungen“, angestoßen vor gut 10 Jahren, sind hoffnungsvolle Zukunftsaussichten.

So tragen die jungen „Botschafter der Erinnerung“ seit einigen Jahren wesentlich zum Programm der gestrigen Gedenkveranstaltung am Mahnmal in der Bittermark bei. Und besonders freut uns die steigende Zahl der jungen Besuchergruppen der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

Erinnerungsarbeit dient der Zukunft. Deshalb sind Veranstaltungen für historisches Erinnern notwendig, weil sie mahnen und die Erinnerung wach halten. Verfolgung und Unterdrückung und eine perverse Perfektion organisierter Vernichtung von Menschen darf niemals mehr vom deutschen Boden ausgehen.

Wir gedenken aller Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft:

Jüdische Mitbürger, Widerstandskämpfer und Antifaschisten, Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter, Sinti und Roma, Homosexuelle, verfolgte Christen und Zeugen Jehovas, verfolgte und getötete Menschen mit Behinderung und psychisch Kranke.

Nie wieder Krieg.

Doch wieder ist Krieg. Nicht nur im Irak, Syrien oder im Jemen. Weltweit zählen wir etwa vierzig „vergessene“ Kriege und bewaffnete Konflikte. Und deutsche Rüstungsfirmen machen hervorragende Geschäfte mit Waffenlieferungen in alle Welt.

Sind wir ohnmächtig und hilflos? Können wir das ändern?

Eine andere Welt ist möglich. Wir dürfen nämlich nicht aufhören, uns gegen Gewalt zu richten. Wir dürfen nämlich nicht aufhören, die Lösung von Konflikten mit friedlichen Mitteln zu fordern. Und allen Worten müssen Taten folgen. Nur das können wir von anderen erwarten, wozu wir selbst bereit sind. Engagement ist wichtiger als je zuvor.

Ich möchte Bert Brecht zitieren:

**„ Findet das immerfort Vorkommende nicht natürlich;
denn nichts werde natürlich genannt,
in diesen Zeit blutiger Verwirrung,
verordneter Unordnung,
planmäßiger Willkür,
entmenschter Menschheit,
damit nichts unverändert gelte“**

Meine Damen und Herren, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,
lassen Sie uns in Stille der Opfer gedenken.

Die Toten sind unter uns.

DEMOKRATIE leben!
DORTMUND 

Nazis stoppen – ein demokratisches Europa verteidigen!



**DORTMUND
bunt statt braun**

Arbeitskreis gegen Rechts extremismus

AUFRUF FÜR DEN 25. MAI 2019

**NAZIS STOPPEN –
EIN DEMOKRATISCHES EUROPA VERTEIDIGEN**

Rechtsextremisten und Rechtspopulisten bedrohen die Menschenwürde, die Freiheit und den Frieden in Deutschland und in Europa. Am 25. Mai, dem Tag vor der Europawahl, wollen die Dortmunder Nazis und ihre nationalsozialistisch orientierte Partei DIE RECHTE wieder mit ihren Kameraden durch Dortmund marschieren. Sie werben für ein Europa der Abschottung, des Rassismus und Nationalismus.

Der ARBEITSKREIS GEGEN RECHTSEXTREMISMUS ruft die Dortmunder Bevölkerung darum zu Demonstration und Kundgebung auf - gegen den Naziaufmarsch, gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus und für ein demokratisches Europa.

KUNDGEBUNG UND EUROPAFEST
Samstag, den 25. Mai 2019
Beginn: 13.30 Uhr
Treffpunkt: Wellinghofer Str. / Brücherhofstr.

Reden vom Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus und Europapolitikern verschiedener demokratischer Parteien
Kaffee, Kuchen und Musik mit „Sevgi und Merhaba“

Von da zur Naziroute, ein Treffen in Sicht – und Hörweite ist geplant!

Direkt im Anschluss „Aktion Straßenfeger“ mit einer
Abschlusskundgebung auf dem Hörder Neumarkt
u.a. mit Musik von „schwarz/rot Atemgold 09“

Rechtsextremisten und Rechtspopulisten bedrohen die Menschenwürde, die Freiheit und den Frieden in Deutschland und Europa. Am 25. Mai, dem Tag vor der Europawahl, sind die Dortmundener Nazis und ihre nationalsozialistisch orientierte Partei die RECHTE wieder durch Dortmund marschiert. Sie wollen ein Europa der Abschottung, des Rassismus und Nationalismus. Und sie wehren sich gegen 70 Jahre Grundgesetz und Bundesrepublik. Diesem Grundgesetz, das lehren aus Faschismus und Krieg gezogen hat und in seinen Kernaussagen humanistisch und antifaschistisch ist, setzen die Nazis ihr menschenverachtendes Weltbild entgegen. Mit ihrem Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus knüpfen sie direkt an die Ideologie der NSDAP an. 184 Neonazis zählte die Polizei in Dortmund-Hörde. Dem standen 1.350 friedliche Gegendemonstranten gegenüber. Fazit der Polizei: Wir haben einen starken bürgerlichen Gegenprotest erlebt, Diese Menschen haben gezeigt, dass rechtsextremistisches Gedankengut bei uns nicht erwünscht ist“.



Kehraus nach Nazi-Demo in Hörde





Hannelore Tölke schildert in ihrer Ansprache das Schicksal sowjetischer Kriegsgefangener, die in Dortmund und vielen anderen Ruhrgebietsstätten Zwangsarbeit leisten mussten. Viele überlebten aufgrund der harten Arbeitsbedingungen und fehlender Versorgung nicht, sie starben an Entkräftung und Krankheiten und wurden auf dem Internationalen Friedhof anonym beerdigt.

.....

Erinnerung an den Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 - und die Soldaten der Roten Armee, die in deutsche Kriegsgefangenschaften gerieten.

Liebe Freundinnen und Freunde!

Die Nacht vom 21. auf den 22. Juni ist die kürzeste Nacht des Jahres. 1941 war der junge Igor Iwanowski in dieser Nacht mit seiner Freundin Janinka in Grodno unterwegs. Sie waren, am frühen Morgen, auf dem Weg zu Janinkas Elternhaus, als plötzlich ein seltsames, fremdes, zunächst leises, dann schnell anschwellendes Geräusch die nächtliche Ruhe der Stadt störte. Janinka blieb stehen.

„Was ist das? Was brummt da? Sind das Flugzeuge?“

Natürlich, Flugzeuge näherten sich. Ihm (Igor Iwanowski) wollte nicht in den Kopf, dass so unsinnig und zur Unzeit jenes Schreckliche begann, das die Menschen in den letzten Wochen als düstere Vorahnung geängstigt und bedrückt hatte. Er hatte sich an eine schwache Hoffnung geklammert, das Angstgefühl in sich verdrängt und sich leidenschaftlich gewünscht, dieses Schreckliche möge vorübergehen. Jetzt schien es wahr zu werden. Janinka stürzte entsetzt und schutzsuchend zu ihm, und er hatte sie gerade mit kalten Händen umarmt, als mächtige Detonationen ganz in der Nähe sie in die Stengel des

Kartoffelkrauts warfen. Eine Reihe feurig-schwarzer Pilze erhellte den Morgen, mächtige heiße Wellen schlugen ihnen in den Rücken, schleuderten Erde auf sie.
Er wartete, bis das erste dröhnende Krachen vorüber war, und sprang auf ...

Betäubt von der Detonation, konnte er erst gar nicht verstehen, was sie ihm mit seltsam dünner Stimme zurief: „Lauf zur Brücke ...“ Natürlich, er musste über die Brücke zum Stab, er wusste nun, was geschehen war, und konnte nicht anders handeln.

Ohne sich weiter umzuschauen, vorwärts gestoßen von den Schlägen der Detonation, stürzend und wieder aufspringend, eilte er zur Brücke ... Er trug das gerade noch erhaschte Bild des Mädchens mit sich, wie erschrocken ... mitten im betauten, blühenden Kartoffelkraut zurückblieb.“

(Quelle: Wassil Bykau, Romane und Novellen, Band 2 Pahl-Rugenstein, 1985, Köln, Seite 405 f.)

Die jungen Leute sehen sich nie wieder, Igor Iwanowski fällt wenige Monate später.

Igor Iwanowski ist eine literarische Figur, erdacht von dem Weißrussischen Schriftsteller Wassil Bykau.

Alexander Gribzow aber ist keine literarische Figur. Er war ein Mensch aus Fleisch und Blut. Er war verheiratet und kam aus dem Rjasaner Gebiet, 200 km südöstlich von Moskau.

<https://obd-memorial.ru/html/info.htm?id=300704679>

Er war 33 Jahre, als er am 10. Oktober 1941 in Wjasma, 250 km westlich von Moskau, von der Wehrmacht gefangen genommen wurde. Mitte November wurde der im Stalag VI C, Bathorn, registriert. Trotz der Strapazen der Reise war er gesund.

Das Stalag VI C gehörte zu den Emslandlagern. Es wurde 1938 als Strafgefangenenlager errichtet. Gleich nach Kriegsbeginn, im September 1939, übernahm die Wehrmacht das Lager. Das Wehrbereichskommando VI in Münster richtete in Bathorn, nach dem Stalag VI A in Hemer und VI B in Viersen, sein drittes Mannschaftsstammlager Stalag VI C ein. Die Emslandlager Groß Hesepe, Dalum, Wietmarschen und Alexisdorf wurden dem Stalag in Bathorn als Zweiglager unterstellt.

Am 18. November kam Alexander Gribzow ins Lager Dalum und am 8. Dezember wurde er in das Lager Alexisdorf gebracht.

Ein Zeitzeuge aus der Region erinnert sich „an ein russisches Arbeitskommando, das konnten wohl ein paar hundert Mann gewesen sein, die marschierten von Alexisdorf zu Fuß in Richtung Hoogsteede. Draußen herrschte Winter, es hatte gerade geschneit, da musste der Großteil der russischen Männer barfuß im Schnee zur Arbeit laufen ... Bekleidet waren sie lediglich mit ihrem leichten Drillichanzug, Tuchanzug (...) Viele russische Gefangene sind in Alexisdorf elendig zugrunde gegangen, weil sie kaum etwas anzuziehen hatten, die Verpflegung schlecht und unzureichend war und weil sie zudem körperlich hart arbeiten mussten. Natürlich wurden unter diesen Umständen viele krank (Lungen-TB, Kreislaufschwächen, Diphtherie). Da die Verpflegung im Lazarett nicht besser wurde, sind viele verhungert.“

(Quelle: <https://www.diz-emslandlager.de/lager/lager15.htm>)

Alexander Gribzow lebte noch und kam am 8. Mai 1942 nach Ochtrup in das Arbeitskommando 628, das sich vermutlich in der Weberei Laurenz.

Am 15. Juli wurde er in das Stalag VI D nach Dortmund gebracht, wahrscheinlich war er da bereits krank. Am 30. August 1942 starb er im Stalag VI D. Die Wehrmacht teilte der Stadt Dortmund seinen Namen nicht mit und er wurde als Unbekannter auf dem Hauptfriedhof begraben.

Insgesamt gerieten etwa 5,5 Millionen Soldaten der Roten Armee in deutsche Kriegsgefangenenlager, etwa 3 Millionen Rotarmisten überlebten die deutsche Kriegsgefangenschaft nicht. Der Umgang mit den sowjetischen Kriegsgefangenen ist das größte Verbrechen der Wehrmacht.

Dieses Verbrechen ist bis heute nicht völlig aufgearbeitet. Obwohl es inzwischen zahlreiche Untersuchungen gibt, liegt noch vieles im Dunkeln und schlimmer noch, oft beruhen unsere Sichtweisen bis heute auf Dokumenten aus der Nazizeit und auf Narrativen, die Wehrmachtsgenerälen wie z.B. Gotthard Heinrici, in der Nachkriegszeit geschaffen haben. (Gotthard Heinrici war Kommandierender General des 43. Armeekorps und Oberbefehlshaber der 4. Armee.)

Siehe dazu: Johannes Hürter (Hrsg.) Notizen aus dem Vernichtungskrieg, Die Ostfront 1941/42 in den Aufzeichnungen des General Heinrici, WGB, Darmstadt, 2016, Seite 21

Doch die Dokumente aus der Nazizeit und unsere Sichtweise auf diese Dokumente bedürfen einer kritischen Überprüfung. Denn sie geben nicht die Verfahrensweisen und das Verwaltungshandeln der Nazis wieder.

78 Jahre nach dem Überfall auf die Sowjetunion und mehr als 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges stehen für Nachforschungen zahlreiche Archive zur Verfügung, in denen eine sehr große Zahl von Dokumenten lagern.

Über 3 Mio. Dokumente von verstorbenen sowjetischen Kriegsgefangenen im Gesamtarchiv des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation im Podolsk bei Moskau zeigen heute das Ausmaß der Verbrechen der Wehrmacht. Die Dokumente sind für Interessierte auf der Internetseite von „OBD-Memorial“ www.obd-memorial.ru zu sehen und sie ermöglichen heute neue Erkenntnisse durch Informationen, die nach dem Krieg nicht zugänglich waren.

Erlaubt mir zum Schluss noch eine Bemerkung zur Geschichtsarbeit in Dortmund. In Dortmund ist viel getan worden, um die Erinnerung an die Opfer des Hitlerfaschismus und an den Widerstand gegen das verbrecherische Regime wachzuhalten. Dennoch liegt noch Vieles im Dunkeln. Das gilt ganz besonders für die tausenden sowjetischen Kriegsgefangenen, die in Dortmund gearbeitet haben und gestorben sind. 4 Jahre lang, vom Herbst 1941 bis Anfang 1945, fuhren beinahe täglich Leichenwagen von der Westfalenhalle zum Hauptfriedhof. Sie brachten die verstorbenen aus dem Stalag hierher und hier wurden sie anonym begraben.

Ich sage es mit den Worten unseres Oberbürgermeisters, der Karfreitag in der Bittermark Bertolt Brecht mit den Worten zitierte „Der Mensch ist erst wirklich tot, wenn keiner mehr an ihn denkt“. Nehmen wir die Aufforderung ernst und sorgen wir dafür, dass das Leben und

Leiden der sowjetischen Kriegsgefangenen in den zahlreichen Arbeitskommandos und das Sterben im Stalag in Erinnerung bleibt und die Verstorbenen nicht Unbekannte bleiben, sondern eine würdige Ruhestätte hier auf dem internationalen Friedhof finden. H.T.

Das Kriegsgefangenen- lager Stalag VI D in Dortmund

Mitglieder des Fördervereins
Gedenkstätte Steinwache-
IRPK e.V.,
DFG- VK NRW,
VVN – BdA Dortmund,
Friedensforum Dortmund,
Ar.kod.M e.V. und
Bündnis Dortmund gegen
Rechts
haben gemeinsam ein
Flugblatt erarbeitet, das beim
Evangelischen Kirchentag an
der Westfalenhalle an die
Kirchentagsbesucher*innen
verteilt worden ist.

Das Kriegsgefangenenlager in und an der Westfalenhalle.

*Mit der Westfalenhalle und dem Messegelände verbinden die meisten Besucher*innen spannende Sportereignisse, großartige Konzerte oder interessante Messen. Sie erinnern sich an die schönen Stunden, die sie dort verbracht haben. **Die Westfalenhalle hat aber auch eine andere Geschichte, die wir ebenfalls nicht vergessen sollten.***

Mit Beginn des Krieges 1939 wurde die Westfalenhalle von der Wehrmacht beschlagnahmt. Freizeitvergnügen und große Sportveranstaltungen waren vorerst abgesagt. Die Wehrmacht errichtete zunächst in der Westfalenhalle ein Kriegsgefangenenlager für polnische und französische Kriegsgefangene, das Stalag VI D. Am 22. Juni 1941 überfiel Hitlerdeutschland die Sowjetunion. Insgesamt etwa 5,5 Mio Soldaten der Roten Armee gerieten in deutsche Kriegsgefangenschaft. Sehr viele wurden zum Arbeitseinsatz nach Deutschland gebracht. Auf dem heutigen Messegelände wurde ein Barackenlager für sowjetische Kriegsgefangene errichtet. In der Zeit von 1939 bis 1945 durchliefen mehr als 300.000 Kriegsgefangene das Stalag VI D in Dortmund. Die Lebensbedingungen im Lager waren sehr hart. Die Kriegsgefangenen wurden an Betriebe in Dortmund und Umgebung als Arbeitskräfte vermittelt, unter anderem auch an die großen Stahlwerke. Wenn sie nicht mehr arbeitsfähig waren, wurden die Menschen in das Lager zurückgeschickt, wo viele starben. Insbesondere die sowjetischen Kriegsgefangenen litten unter mangelhafter Ernährung, fehlender medizinischer Versorgung und rassistischen Schikanen. Insgesamt überlebten an nährend 3 Mio Rotarmisten die deutsche Kriegsgefangenschaft nicht.

Heute erinnert ein Gedenkstein auf dem Messegelände an das Stalag VI D.

Förderverein Gedenkstätte Steinwache-IRPK e.V.
DFG-VK NRW, VVN-BdA Dortmund, Friedensforum
Dortmund, Ar.kod.M e.V., Bündnis Dortmund gegen Rechts





Am neuen Standort des Gedenksteins: In Erinnerung an die Zwangsarbeiterinnen, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen hat die Gruppe ein Blumengebilde niedergelegt



Gedenken am sowjetischen Ehrenmal auf dem Internationalen Friedhof in Brackel

Ein Rückblick

Der Gedenkstein an der Westfalenhalle wurde im Jahre 2007 errichtet.

Am 5. April 2007 fand die offizielle Übergabe durch

Bürgermeister Adolf Miksch statt.

Für die im Stalag VI D gestorbenen und ermordeten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter sprach **Vitaliy Katchanowskiy** aus der Ukraine.

Vitaliy gehört dem Internationalen Rombergpark-Komitee an und war häufig in Dortmund, besuchte die Gedenkfeiern in der Bittermark und in Lippstadt.



Dortmund-Hombruch – Harkortstraße 73

Eine eindrucksvolle Stolpersteinverlegung



Emmi und Gustav Eisenstein haben in der Harkortstraße gelebt und ein Sportartikelgeschäft betrieben. Nachdem Gustav bereits im Anschluss an die Reichspogromnacht im November 1938 in der Steinwache in Haft gewesen war, wurden die beiden schließlich am 27. Januar 1942 aus Dortmund nach Riga deportiert. Sie gelten seitdem als verschollen und wurden mit Wirkung vom 8. Mai 1945 für tot erklärt. Zur Stolpersteinverlegung reisten 15 Enkel, Urenkel und Ururenkel aus Israel, Bayern und dem Kölner Raum an. Emmi und Gustav Eisenstein haben 46 heute lebende, direkte Nachfahren.

Vom Förderverein nahmen 11 Mitglieder an der Stolpersteinverlegung teil

Die Urenkelin **Erga** erklärte bei der Stolpersteinverlegung: „Für diejenigen hier,

die mich nicht kennen, mein Name ist Erga und ich bin eine Urenkelin von Gustav und Emmi Eisenstein, die Enkelin ihres Sohnes Gavriel.

Bitte entschuldigt, denn ich möchte jetzt weder über den Holocaust noch über die Stolpersteinzeremonie sprechen. Am liebsten würde ich jetzt mit meinem Großvater Gavriel sprechen, der hoffentlich gerade auf uns herabblickt und sich freut, dass wir heute hier sind und seiner Familie Respekt erweisen.

Lieber Opa, 27 Jahre sind vergangen, seitdem du gestorben bist. Diese Jahre haben vier Kinder und zehn Enkelkinder zurückgelassen. Einige von ihnen sind heute hier. Opa, heute hast du und Oma auch fünfzehn Enkelkinder, der älteste ist bereits Soldat in der israelischen Armee.

Leider hatten eure Urenkel keine Gelegenheit, euch kennenzulernen. Ich bin sicher, sie hätten sich sehr an eurer Liebe zur Natur und Landwirtschaft, eurer Vorliebe für Hunde und Katzen und an eurer Liebe für klassische Musik erfreut. Auch eure Vielfalt und vor allem euer Engagement für eure Familie hätten sie sicher genossen.

Opa, du bist 1937 alleine nach Israel eingewandert und hast ein neues Leben mit Oma begonnen. Sie beide haben ihre Familien nie wiedergesehen und mussten sich alleine durch ihr neues Leben durchkämpfen. Ich erinnere mich Opa, dass du in den heißen Sommernächten auf dem Balkon vor dem Haus alleine sitzt, das du in den Moshav gebaut hast, du trägst dein weißes Unterhemd und siehst nachdenklich aus.

„Kind-Großvater“ rief ich dich, denn du hast immer versucht, uns zum Lachen zu bringen, indem du den Witz erzähltest, mit Oma und uns Blödsinn gemacht hast und unser Leben fröhlich und lustig gemacht hast. Du warst dem Leben gegenüber stets dankbar und positiv eingestellt, hast dich nie mit dem Negativen befasst. Ich erinnere mich an mich selbst, als ein kleines Kind, das dich ansieht und mein Herz freut sich und ist stolz darauf, dass du mein Großvater bist.

Als du gestorben bist, war ich zu jung, um nachzufragen, und zu jung, um zu versuchen

zu verstehen, was du durchgemacht hast, als du die Nachricht bekamst, dass deine ganze Familie aus Dortmund nicht überlebt hat. Ich erinnere mich, dass du Oma auf Jiddisch gesprochen hast, vermischt mit Deutsch und Hebräisch. Aber ich erinnere mich nicht, dass du jemals über deine Verwandten, über deine Familie gesprochen hast. Die Vergangenheit schien vorbei zu sein.

Aber heute, da ich älter bin und selbst Mutter, kann ich dir im Namen aller deiner Nachkommen sagen, dass unsere Neugier und unser Wunsch, so viel wie möglich über unsere Vorfahren zu wissen, ganz viel damit zu tun hat, wer ich heute bin und wer wir heute sind.

Opa, ich wünschte, du wärest gerade hier und hättest uns dabei zugesehen, wie wir uns versammelt und diejenigen geehrt und erinnert haben, ohne die wir heute nicht hier wären. Ich kann dir kaum sagen, wie sehr es mich reizt, mit dir hier zu sprechen, in der Nähe deines Hauses, in der Nähe des Hauses, indem du geboren wurdest, in der Stadt, in der deine Eltern gelebt und geliebt haben, an dem Ort, an dem sie verschleppt wurden und an den sie niemals zurückgekommen sind.

Für mich ist es eine Ehre, ein Privileg, heute hier zu sein. Es ist die Bindung, die du Opa, geschaffen hast. Eine Bindung zwischen Generationen, zwischen Ländern und zwischen Familienmitgliedern, die vor dir da waren und die nach dir gekommen sind.

Es ist eine Verbindung zwischen uns und dir Opa, denn es ist dein Blut und das deiner Eltern, das in unseren Adern fließt. Dies bringt eine Menge Trauer mit sich, aber gleichzeitig eine Menge Glück, da wir hier in Dortmund stehen, um unserer Familie in Gedenksteinen und in unserem Herzen zu gedenken.

**Am Abend erzählten zwei Nachfahren
der Familie Eisenstein in der Steinwache
ihre Familiengeschichte und es wurde vorhandenes
Filmmaterial von 1938 vorgeführt, das u.a.
bewegende**

Bilder vom Abriss der Dortmunder Synagoge zeigen.

Erinnern und Gedenken an Hombrucher Widerstandskämpfer

Seit mehr als zwanzig Jahren ist es Tradition, an die Hombrucher Widerstandskämpfer zu erinnern, die von den Nazis ermordet und hingerichtet worden sind. Auf der Gedenktafel am Sparkassengebäude (früher Amtshaus Hombruch) sind ihre Namen, stellvertretend für viele Tausend andere genannt.



Vikar Wilhelm Oberhaus– Bergarbeiterführer Fritz Husemann – Heinz Grüning - Wilhelm Knöchel

Vikar Wilhelm Oberhaus starb an Entkräftung und Misshandlungen im sogenannten „Priesterblock“ des Konzentrationslagers Dachau.

Hans Grüning und Wilhelm Knöchel wurden am 24. Juli 1944 im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet.

Am 18. März 1935 verhaftete die Gestapo Fritz Husemann, den sie am 13. April 1935 in das KZ Esterwegen brachten. Bereits einen Tag nach seiner Einlieferung schoss ihm die KZ-Mannschaft bei einem angeblichen Fluchtversuch in den Bauch. Fritz Husemann starb am darauffolgenden Tag an einer Bauchfellentzündung im Krankenhaus in Sögel.



Mitglieder des Fördervereins und der Bezirksbürgermeister von Hombruch, Hans Semmler an der Gedenktafel am Gebäude der Sparkasse (ehem. Amtshaus Hombruch)

für den Stadtbezirk **Hombruch**

Ernst Söder vom Förderverein der Gedenkstätte Steinwache wird am 27. Juli an die Widerstandskämpfer in Hombruch erinnern.

FOTO: WERNICKE

Eine Tafel, drei Namen, vier Schicksale

HOMBRUCH. Jedes Jahr wird in Hombruch vier Männern gedacht: Fritz Husemann, Hans Grüning, Knöchel und Wilhelm Oberhaus leisteten Widerstand gegen die Nazis. Wir stellen die Männer vor.

Von Marc Dominic Wernicke

Vor dem Sparkassengebäude im Hombrucher Zentrum wird am 27. Juli (Samstag) des Widerstandes gegen das NS-Regime gedacht. Der Förderverein der Gedenkstätte Steinwache lädt die Bürger dazu ein um 11 Uhr an der Veranstaltung teilzunehmen.

„Gerade heute, wo die Rechtspopulisten und Nationalisten erstarken, wollen wir an die Antifaschisten erinnern, die von den Nazis ermordet wurden“, sagt der Vorsitzende Ernst Söder, der in seiner Ansprache von den Männern erzählen wird, de-

ren Namen vor Ort auf einer Tafel verewigt sind. Einer von ihnen ist der Sozialdemokrat **Fritz Husemann**, der von 1924 bis 1933 dem Deutschen Reichstag angehörte und davor auch in Dortmund gearbeitet hatte.

Der Gestapo gestellt

Obwohl seine Flucht im Jahr der Machtergreifung der NSDAP schon vorbereitet war, stellte er sich der Gestapo, um eine Freilassung der verhafteten Vorstandsmitglieder des Bergarbeiterverbandes zu erwirken. Die Nazis brachen ihr falsches Versprechen und verschleppten Husemann in das Konzentrationslager Esterwe-

gen, wo er am 15. April 1935 erschossen wurde.

„Die Tafel erinnert auch an den Kommunisten **Hans Grüning**, der während des Krieges Kontakte zu sowjetischen Gefangenen hielt, die in Barop untergebracht waren. 1944 wurde er mit anderen Widerstandskämpfern verhaftet. Grüning belastete sich selbst, um seine Mitstreiter zu schützen, was jedoch ohne Erfolg blieb. Am 24. Juli 1944 wurde er mit dem Fallbeil hingerichtet.“

„Neben ihm starb an diesem Tag **Wilhelm Knöchel**, der als Soldat im Ersten Weltkrieg gekämpft hatte“, berichtet Ernst Söder. „Knöchel war

Vorsitzender der Kommunistischen Partei in Brünnigshausen. 1943 wurde er nach einer Flugblattaktion verhaftet und ebenfalls zum Tode verurteilt.“ Die Gedenktafel erwähnt ihn nicht, was jedoch rein gestalterische Gründe habe: „Wir entscheiden uns damals dafür, den Inhalt kurz zu halten“, erklärt Söder, der in den 80er-Jahren an der Entscheidung der Bezirksvertretung mitwirkte. „Daher haben wir drei Persönlichkeiten gewählt, die verschiedene gesellschaftliche Bereiche des Widerstands abbilden – Ein Sozialdemokrat, ein Kommunist, ein Geistlicher.“

Der dritte Mann, an den die Tafel erinnert, ist **Wilhelm Oberhaus**, der 1933 als Vikar bei der katholischen Sankt-Clemens-Gemeinde angestellt wurde. In einer Predigt warnte er Eltern davor, ihre Kinder nationalsozialistischen Jugendorganisationen anzuvertrauen und wurde dafür denunziert. Nach Jahren der Schikane und einer sechsmonatigen Haftstrafe wurde Oberhaus unmittelbar nach seiner Freilassung wieder von der Gestapo verhaftet und in das Konzentrationslager Dachau verschleppt, wo er am 20. September 1942 in Folge schwerer Misshandlungen starb. *mdw*



Antikriegstag 1. September

In diesem Jahr jährt sich der Überfall Nazideutschlands auf Polen zum 80. Mal. Der 1. September 1939 markiert den Beginn des verheerenden verbrecherischen Zweiten Weltkriegs, der mindestens 55 Millionen Menschen den Tod brachte - allein 26 Millionen Tote davon hatte die Sowjetunion zu beklagen.

Der Antikriegstag am 1. September war schon immer Anlass, der Opfer aller Kriege und des Nationalsozialismus zu gedenken.

In diesem Jahr hat **Willi Hoffmeister**, Mitglied des Fördervereins, als Zeitzeuge Gelegenheit gehabt, über den Krieg, die Wiederbewaffnung und die Jahre des Wiederaufbaus zu informieren.



Interview mit der Botschafterin der Erinnerung, Joyce Schröder

Friedensaktivist Willi Hoffmeister

(1933 im Landkreis Lübbecke geboren) berichtete, dass er schon mit sechs Jahren immer wieder in sich aufgenommen habe, wenn seine Mutter die Aussage machte „Wer Hitler wählt, wählt den Krieg. Ein Satz, der Hoffmeister mit auf den Weg gegeben wurde und der ihn motivierte, sich aktiv in der Friedensarbeit zu engagieren. Und eine weitere Aussage seiner Mutter „Junge tu‘ alles, damit es nicht wieder dazu kommt“, war ein Leitgedanke seines Handelns.

Willi erzählte von seinen Lehrern, die stramme Nazis waren. Das habe ihm schon früh die Sinne dafür geschärft, was der Nationalsozialismus für die Gesellschaft an Schaden mit sich bringe. Im Elternhaus habe er jedoch eine antifaschistische Erziehung genossen.

Nach dem Kriege bekam Willi Hoffmeister mit, dass Nachbarn, die einige Zeit weg gewesen waren, wieder auftauchten. Sie kamen aus Konzentrationslagern zurück. Der Bruder seiner Mutter habe elf Jahre im KZ verbracht. Der habe ihm eigentlich die Augen geöffnet über den Nationalsozialismus und Faschismus.

Willi kämpfte seit jungen Jahren gegen den wiedererstarkenden Nazismus und gegen alte und neue Nazis in der jungen Bundesrepublik.

Seit Anfang der 1960er Jahre ist Hoffmeister beim Ostermarsch Ruhr engagiert. Er war bei Hoesch in der betrieblichen Friedensarbeit aktiv. Wichtig sei ihm stets die Einbindung der Gewerkschaftsbewegung in die Friedensbewegung gewesen.

Was er den Menschen in diesen Zeiten mitgeben möchte, wollte Joyce Schröder wissen. Er vermisse, so Willi Hoffmeister – mehr spürbares Engagement aus der Bevölkerung - um der Forderung nach Abrüstung mehr Ausdruck zu verleihen. Gerade heute sei eine aktive Friedensbewegung notwendiger denn je. Hoffmeister hält die Gegenwartssituation in der Frage der Atomwaffen für viel verheerender als in den 1980er Jahren.

Was er sich für die Zukunft wünsche? Hoffmeister sprach die derzeitige Bewegung „Fridays for Future“ in Sachen Klima- und Umweltschutz an. Ein erfreuliches aufbäumen der Jugend sei sie, wie er es sich manchmal gewünscht hätte, selbiges in der Friedensfrage zu erleben.

„Aufrüstung und Krieg sind eine der größten Umweltverschmutzer auf der Erde. Wer das nicht kapiert und mitaufnimmt, der vergibt sich etwas im Erfolg dieser Sache. Wir wollten alles dafür tun: und wenn sich jeder ein Schild malt mit der Aufschrift „Abrüsten ist der größte Umweltschutz.“

(Auszüge aus dem Interview mit Joice Schröder)



Jutta Reiter

vom Deutschen Gewerkschaftsbund hatte zuvor die Veranstaltung eröffnet und sich bei den Mitgestaltern des Antikriegstages bedankt. „Krieg zerstört Lebensgrundlagen – Gegen erneute nukleare Aufrüstung“.

Was Krieg bedeutet, verdeutlichte die Vorsitzende des DGB Dortmund-Hellweg. „Er zerstört unser Zusammenleben, er zerstört unsere Lebensgrundlagen, unsere Werte und bedroht unsere Zivilisation immer wieder aufs Neue.“ Das sei in der Vergangenheit so gewesen und gelte nach wie vor.

Gerade jetzt, so Jutta Reiter, erleben wir wieder einen neuen Aufrüstungswahn, „der uns mit einer neuen nuklearen Bedrohung konfrontiert“. „Wir müssen dem Wahnsinn ein Ende setzen, bevor es zu spät ist“.



Unbedingt, betonte die Gewerkschaftschefin, müsse verhindert werden, dass der momentan 43 Milliarden Euro betragene deutsche Verteidigungsetat bis 2024 auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes steige. Das heißt dann nämlich 85 Milliarden Euro für die Rüstung auszugeben.

„Wir brauchen jeden Euro, um die soziale Spaltung in unserer Gesellschaft zu überwinden“, unterstrich Jutta Reiter.“ Und zwar mit dem Ziel, Gerechtigkeit herzustellen. Weltweit“.

Reiter beklagte, dass „wir mit unseren Forderungen, obwohl wir wussten, wie Kriege immer endeten, vielfach ignoriert blieben“.



Für Sophie Niehaus, Vorsitzende des Jugendringes Dortmund, ist es unbegreiflich, dass wir 74 Jahre nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus anscheinend noch immer nicht aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt haben: „Weiterhin werden Minderjährige bei der Bundeswehr zum Kriegsführen ausgebildet. Fast zehn Prozent aller neu eingestellten Soldatinnen und Soldaten sind gerade erst siebzehn Jahre alt. Darauf gibt es nur eine Antwort: sofortiger Stopp der Anwerbung von Minderjährigen durch die Bundeswehr!“

Die Pläne für eine gemeinsame europäische Armee lasse eine zunehmende Militarisierung Europas befürchten. „Wir sind auf dem Weg zu einem Europa der Generäle und Rüstungskonzerne.“ Darauf gebe es nur eine Antwort: „Eine gemeinsame europäische Abrüstung und den Stopp aller Waffenexporte aus Deutschland und Europa.“ Die bittere Saat der im Bundestag sitzenden Rechtspopulisten von der AfD gehe auf: Rassistische und antisemitische Übergriffe nähmen zu.



Charlotte Muche (SJD „Die Falken“) hielt im weiteren Verlauf der Veranstaltung ein Plädoyer für den Frieden:

„Frieden ist Freundschaft. Frieden ist Liebe. Frieden ist eine Welt, wo die Bedürfnisse des Einzelnen respektiert und geachtet werden. Frieden ist Zusammenleben. Frieden ist Gleichberechtigung aller Menschen. Frieden ist Freiheit, selbstbestimmt zu leben. Frieden ist die soziale Gleichberechtigung aller Menschen. Frieden ist, sich nicht über die Gemeinschaft zu stellen. Frieden ist Demokratie“. (Auszug).



Dr. Frank Ahland (Slado e.V. Dortmund)

erinnerte in seinem Redebeitrag an die schwulenfeindliche Politik der Nazis und deren Folgen auch in Dortmund, bis zum Jahre 1969.

Danach sei dann endlich die Strafbarkeit sexueller Handlungen zwischen Erwachsenen aus dem Strafgesetzbuch getilgt worden. Justizminister Gustav Heinemann hatte den § 175 des Strafgesetzbuches per Gesetz abschaffen lassen.

Ahland verwies abermals darauf, dass Bundespräsident Frank Walter Steinmeier im vergangenen Jahr als erster ranghoher Politiker der BRD eine schlichte Wahrheit anerkannt hat. Nämlich die, dass die Verfolgung Homosexueller in der Bundesrepublik auf Grundlage des § 175 von Anfang an dem Grundgesetz widersprach.

Im Anschluss an Ahlands Rede wurde zum Gedenken im Innenhof der Steinwache ein Kranz niedergelegt, der an die Opfer des Naziregimes und das Unrecht, dass Homosexuelle auch in der Bundesrepublik gelitten, erinnert. Des Weiteren sollte mit der Kranzniederlegung auch ein Zeichen gegen Rechtsextremismus und Hass erfolgen.

Die Überlebenden des Zweiten Weltkrieges und die Kämpfer um die Befreiung ihrer Länder von der faschistischen Barbarei forderten 1945: „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ Sie wollten „eine neue Welt des Friedens und der Freiheit.“ Dieses Vermächtnis muss heute mehr denn je mit Leben erfüllt werden.

Blumen für Stukenbrock

Veranstaltung zum Antikriegstag am 7. September 2019

Redebeitrag des Hamburger Schauspielers Rolf Becker

(geb. am 31.3.1935 in Leipzig)

Dank Ihnen und Euch, Dank allen im Arbeitskreis „Blumen für Stukenbrock“ für die jahrzehntelange Arbeit zur Entwicklung und zum Erhalt dieser Gedenkstätte, Dank, dass ich hier bei Euch und mit Euch sein darf – in gemeinsamer Teilnahme und Sorge.

Teilnahme im Gedenken an die Tausende sowjetischer Kriegsgefangener, die hier gelitten haben, bevor sie starben – an Hunger, Kälte, Krankheiten, durch Misshandlung Folter, Totschlag, Erschießen.

Sorge, weil ein weiterer Krieg, der die Unermesslichkeit des in den zwei Weltkriegen Erлittenen noch zu übersteigen droht – Folge auch der Tatsache, dass sich die deutschen Nachkriegsregierungen einer konsequenten Aufarbeitung des vermeintlich Vergangenen verweigert haben und bis heute verweigern.

Mit Christa Wolf: *„Das Vergangene ist nicht tot; es ist nicht einmal vergangen. Wir trennen es von uns ab und stellen uns fremd.“*



So wie bei diesem Obelisk mit dem Abtrennen und Ersetzen der sowjetischen Fahne durch das orthodoxe Kreuz. Ich habe nichts gegen Kreuze und Zeichen jeglicher Religion, aber gegen Verfälschung des Gedenkens, gegen die Missachtung der Mahnung der wenigen, die das Leiden in diesem Todeslager überlebten – die mit diesem Obelisk nicht nur der Vielzahl ihrer umgekommenen Mitgefangenen ein ehrendes Zeichen gegeben haben, sondern zugleich uns, als Nachgeborenen den Auftrag, unser Denken und Handeln so einzurichten, dass sich staatlich verordnete Verbrechen wie in den Jahren faschistischer Herrschaft in Deutschland nicht nochmals ereignen können.

Arno Klönne, der das Lager seit 1941 kannte, als die ersten sowjetischen Kriegsgefangenen hier eintrafen, und durch den ich vor Jahren erstmals von der Existenz dieses Lagers erfuhr, bestand bis

zu seinem Tod darauf, der aus Glas gefertigten Flagge der Sowjetunion ihren ursprünglichen Platz zurückzugeben:

"Denkmalschutz müsste bedeuten, dass ein Symbol der Erinnerung die Form behält, für die sich jene Menschen entschieden hatten, aus deren Lebensgeschichte es hervorging. Alles andere wäre Verfälschung von Geschichte."

Ich schließe mich der Forderung von Arno Klönne und allen, die sich seit Jahren um die Wiederherstellung des Obelisk in seiner ursprünglichen Form bemühen, ausdrücklich an – verbunden zum einen mit dem Hinweis, dass die sowjetische Fahne seit einem Vierteljahrhundert nur noch Erinnerung, Historie ist, andererseits mit dem Bekenntnis zu ihrem Rot – mit Pablo Neruda: *„Tropfen für Tropfen aus Blut“*.

Blut – im zurückliegenden Krieg, an dessen Beginn am 1. September 1939 wir nach 80 Jahren hierzulande friedlich verlaufener Zeit erinnern, haben mehr als 60 Millionen Menschen ihr Leben verloren. Oder waren es 65 Millionen, oder noch mehr? Das Leben des Einzelnen zählt nicht im Krieg. Wir wissen weder die Gesamtzahl der Kriegstoten noch die genaue Zahl der „geschätzt“ 65.000 sowjetischen Kriegsgefangenen, die hier unter der Erde liegen – ein Teil der „geschätzt“ 3,3 Millionen von 5,7 Millionen sowjetischen Soldaten insgesamt, nur jeder Dritte von ihnen überlebte die Gefangenschaft. Umso mehr berühren die wenigen, in kyrillischen Lettern geschriebenen Namen auf einigen Grabsteinen – Dmitrij, Wassilij, Konstantin, Wladimir, Michail, Maxim, Pawel, Pjotr, Igor, Iwan – Anastasia, Maria, Nina, Irina, Galina, Vera, Anna – oder auch nur *„Unbekannter Soldat“*. Heinrich Heine: *„Ist das Leben des Individuums nicht vielleicht eben so viel wert wie das des ganzen Geschlechtes? Denn jeder einzelne Mensch ist schon eine Welt, die mit ihm geboren wird und mit ihm stirbt, unter jedem Grabstein liegt eine Weltgeschichte“*.

Jede und jeder der Genannten hatte zu Hause im fernen Russland Familie, Eltern Großeltern, Geschwister, vielleicht auch Kinder: zum Leid der hier Umgekommenen kam das Leiden von Angehörigen Freundinnen und Freunden.



Mitglieder des Fördervereins mit Rolf Becker vor dem Obelisk

Als am 4. August 1943 mein Vater – kurz zuvor von der West- an die Ostfront versetzt – bei den Panzerschlachten im Kursker Bogen bei Tomarowka fiel, hatte er am Vorabend die Nachricht von der Geburt seines jüngsten Sohnes erhalten – die erste Nachricht von seinem Tod erreichte unsere Familie in Form eines Briefes, auf dem seine Feldpostnummer durchgestrichen und durch den Vermerk ersetzt war: „An Absender zurück – gefallen für Großdeutschland“.

Immerhin noch ein Brief, der die offizielle Todesmeldung folgte – über die Mehrzahl der hier Verscharrten wird es vermutlich nie eine Nachricht an die Hinterbliebenen gegeben haben.

Wenige Monate vor seinem Tod war mein Vater zum letzten Mal bei uns auf dem kleinen Bauernhof in Schleswig-Holstein. Unvergesslich für mich, als er kurz nach der Begrüßung zu meiner Mutter sagte „*mein Kind, wir haben den Krieg verloren*“, und kurz darauf, von meiner Mutter später oft zitiert:

wir könnten nach allem, was von der deutschen Wehrmacht im Osten angerichtet worden sei, von Glück sagen, wenn bei der Kriegsniederlage auch nur einer von uns überlebe.

Auf unserem Hof halfen damals wie bei den übrigen Bauern im Dorf Kriegsgefangene – Dubois aus Frankreich und Anton aus der Sowjetunion. Die wehrfähigen Männer waren fast alle „*im Feld*“, an einer der vielen Fronten des 3. Reiches, die anfallenden Arbeiten, auch in der Landwirtschaft, wurden überwiegend von Frauen gemacht und angeleitet. In den ersten Kriegsjahren hatte es an Hilfskräften gemangelt – erst das Scheitern des „Blitzkrieges“ gegen Russland bewirkte, dass sowjetische Kriegsgefangene, die bis dahin in Lagern verhungerten, an Seuchen starben, „*durch Arbeit vernichtet*“ oder ermordet wurden, nach dem Führerbefehl vom 31. Oktober 1941 notdürftig gepflegt und in Industrie, Landwirtschaft, Verkehrswesen usw. eingesetzt wurden.

Bleibende Erinnerung: das Schuldbewusstsein meines von den Eindrücken in der SU geschockten Vaters, des hochrangigen deutschen Offiziers, und der sowjetische Kriegsgefangene Anton, der fern seiner Heimat für den Gegner seines Landes arbeiten musste.

Nach dem Tod meines Vaters im August 1943 ein Vorfall, der unser Dorf bis zum Ableben meiner Mutter 1978 beschäftigt hat: Meine Mutter hatte zu später Stunde, als Anton nicht auf den Hof zurückkehrte, auf der Suche nach ihm – sie vermutete eine Verabredung mit anderen Gefangenen im Dorf – wahrgenommen, dass Angehörige der NSDAP-Ortsgruppenleitung, stark angetrunken, in einem abgelegenen Schuppen mehrere sowjetische Gefangene mit Holzlatten zusammenschlugen, und war dazwischen gegangen.

Folge: sie wurde an einem der nächsten Tage von der Gestapo abgeholt und nach Rendsburg gebracht; kehrte aber nach drei Tagen zurück – sie sei von einem Offizier verhört worden, der zum einen berücksichtigte, dass ihr Mann kurz zuvor an der Ostfront gefallen war, zum anderen ihrem Argument nicht widersprach, dass durch die Misshandlung von Kriegsgefangenen die Versorgung an den Fronten verschlechtert werde.

Zudem habe sie, wie ihr Mann an der Front, auf die „*Haager Landkriegsordnung*“ und die „*Genfer Konvention*“ hingewiesen, nach der „*kriegsgefangen*“ einen völkerrechtlichen Status darstelle, der auch für das Deutschland des 3. Reiches gelte. Sie hatte Glück – der Gestapo-Offizier orientierte sich nicht an Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, der die völkerrechtlichen Vereinbarungen für

Soldaten der Roten Armee nicht gelten ließ: *„Die Bedenken entsprechen den soldatischen Auffassungen vom ritterlichen Krieg! Hier handelt es sich um die Vernichtung einer Weltanschauung!“*

Keitels Äußerungen wurden auf Anweisung der für unsere Gegend Zuständigen Gestapo im Hinblick auch auf die sich seit Stalingrad verschlechternde Lage an den Fronten nicht umgesetzt – in unserem Dorf gab es seitdem keine Vorfälle der geschilderten Art mehr. Anton kehrte unversehrt in seine Heimat zurück – allerdings verunsichert, weil er weder wusste, ob es diese Heimat im Russland der „verbrannten Erde“ noch gab, und zudem fürchtete wegen seiner Arbeit in Deutschland missachtet oder bestraft zu werden.

Erst viele Jahre nach dem Krieg wurde öffentlich, dass die sowjetischen Kriegsgefangenen nach der jüdischen Bevölkerung die zweitgrößte Opfergruppe nationalsozialistischer Vernichtungspolitik darstellen. Einblick in ihr Schicksal verdanke ich neben Arno Klönne und seinem Paderborner Freundeskreis dem Hamburger Historiker und Regisseur Hannes Heer, der mich an der Eröffnung seiner Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1945« beteiligte. Zutiefst berührt, wie dieser Ort mit seinen Gräberfeldern, hat mich mein erster Besuch in einem vergleichbaren Lager, in Gudendorf, nicht weit von unserem Hof, nahe der Nordseeküste im südlichen Schleswig-Holstein, wo – wieder geschätzt und zugleich umstritten – 3000 sowjetische Kriegsgefangene in Massengräbern liegen.



Georg Deventer legt für den Förderverein am Ehrenmal ein Blumengebinde nieder.

Seitdem und durch zahlreiche weitere Untersuchungen und Publikationen, durch Gedenkveranstaltungen wie hier, Kundgebungen, Aufrufe, Demonstrationen und persönliche Begegnungen wissen inzwischen viele was wirklich geschah, wenn auch immer noch zu wenige, vor

allem unter Schülern und Jugendlichen. Die Jahre des „organisierten Vergessens“ in Nachkriegszeit und den ersten zwei Jahrzehnten der Bundesrepublik wirken bis heute nach.

Wir wissen heute, dass schon vor Kriegsbeginn im sogenannten „Hungerplan“ der Massentod sowjetischer Soldaten einkalkuliert war. Wissen, dass unterschieden wurde zwischen arbeitsfähigen sowjetischen Kriegsgefangenen, die am Leben bleiben sollten, und nichtarbeitsfähigen, verwundeten oder erkrankten Gefangenen, die getötet wurden, wissen, dass etwa 140.000 sowjetische Kriegsgefangene als „politisch Untragbare“ zur Ermordung an Sicherheitspolizei und SS übergeben wurden, wissen, dass am 2. Mai 1941 eine Besprechung stattfand, an der Vertreter aus Wehrmacht und Wirtschaft teilnahmen und deren Ergebnis lautete: *"Der Krieg ist nur weiter zu führen, wenn die gesamte Wehrmacht im 3. Kriegsjahr aus Russland ernährt wird. Hierbei werden zweifellos zig Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Lande herausgeholt wird."*

Und heute? Mit meinem Anliegen als Konsequenz dessen, was ich seit meiner Kindheit erlebt habe, alles zu tun, um den uns Nachfolgenden Vergleichbares zu ersparen, scheine ich gescheitert: erneut wird gegen Russland und die angeblich aggressive Führung der Russischen Föderation unter Wladimir Putin seitens Regierung und Medien mobilisiert. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier vor wenigen Tagen bei der Gedenkveranstaltung zum 80. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs in Warschau:

„Wir alle blicken an diesem Jahrestag mit Dankbarkeit auf Amerika. Die Macht seiner Armeen hat – gemeinsam mit den Verbündeten im Westen und im Osten – den Nationalsozialismus niedergedrückt. Und die Macht von Amerikas Ideen und Werten, seine Weitsicht, seine Großzügigkeit haben diesem Kontinent eine andere, eine bessere Zukunft eröffnet. Herr Vizepräsident, das ist die Größe Amerikas, die wir Europäer bewundern und der wir verbunden sind.“

Kein Wort über Russland oder die Sowjetunion, zur unumstößlichen Tatsache, dass es die Rote Armee war, deren Opfern wir hier gedenken, die den kriegsentscheidenden Beitrag zur Niederschlagung des deutschen Faschismus geleistet hat. Stattdessen die Bekräftigung der "transatlantischen Freundschaft", mit einer Nato, die erneut zum Angriff auf Russland und China rüstet, auf alle Länder, die auf ihrer Unabhängigkeit bestehen.

Oder geht es vielleicht der vom Bundespräsidenten gepriesenen US-Regierung zur Sicherung ihrer Wirtschaft um die Ausschaltung eines ihrer beiden größten Konkurrenten, China und Europa? Ein Krieg gegen Russland würde hier bei uns ausgetragen werden. Die möglichen Folgen fürchten nicht nur wir, auch namhafte Vertreter konservativer Politik wie Willy Wimmer, vor Jahren verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU.

Der Ausweg - ich weiß ihn so wenig wie Ihr, kann nur einige Überlegungen aufgrund meiner Arbeit im Kreis politisch aktiver KollegInnen in Betrieben und Gewerkschaften beitragen.

1. Grundlage kapitalistischer Herrschaft: die Konkurrenz der Arbeitenden unter sich. Ohne sie könnten die Herrschenden nicht herrschen.

Diese Konkurrenz untereinander gilt es zu überwinden, wenn wir aus der gegenwärtigen Entwicklung in unseren Ländern einen Ausweg finden wollen.

Mit Bertolt Brecht: *„Die große Wahrheit unseres Zeitalters (mit deren Erkenntnis noch nicht gedient ist, ohne deren Erkenntnis aber keine andere Wahrheit von Belang gefunden werden kann) ist es, dass unser Erdteil in Barbarei versinkt, weil die Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln mit Gewalt festgehalten werden. Was nützt es da, etwas Mutiges zu schreiben, aus dem hervorgeht, dass der Zustand, in den wir versinken, ein barbarischer ist (was wahr ist), wenn nicht klar ist, warum wir in diesen Zustand geraten? Wir müssen sagen, dass gefoltert wird, weil die Eigentumsverhältnisse bleiben sollen. Freilich, wenn wir dies sagen, verlieren wir viele Freunde, die gegen das Foltern sind, weil sie glauben, die Eigentumsverhältnisse könnten auch ohne Foltern aufrechterhalten bleiben (was unwahr ist). Wir müssen die Wahrheit über die barbarischen Zustände in unserem Land sagen, dass das getan werden kann, was sie zum Verschwinden bringt, nämlich das, wodurch die Eigentumsverhältnisse geändert werden.“*

Aus: „Fünf Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit“, 1935

2. Kleinarbeit! Eine Aussage wird nur zur Wahrheit, wenn wir für sie eintreten, uns beteiligen an Konflikten, im Lande oder außerhalb: in der Flüchtlingsfrage (die Toten im Mittelmeer), bei Streiks, beim Wohnungsproblem, sozialer Versorgung, Gesundheitswesen, Umwelt, und, und, und... vor allem am Widerstand gegen fortschreitende Aufrüstung und Rüstungsexporte, jeden Ansatz von Nationalismus, Rassismus und Faschismus –

Mit Erich Fried:

*„Nur eines weiß ich:
Morgen wird keiner von uns leben bleiben
wenn wir heute wieder nichts tun“*

Und Maxim Gorki:

*"Die Kinder gehen in die Welt – über die ganze Erde, alle, von überall her,
demselben Ziel entgegen.*

*Sie ziehen aus, um die Lüge zu zertreten, das soziale Leid zu besiegen, das Elend
dieser Erde zu beseitigen.*

Sie entzünden eine neue Sonne, hat mir einer gesagt, und das werden sie tun.

*Die Erde hat sie geboren und das Leben will ihren Sieg. In Wahrheit seid Ihr alle
Genossen, alle, denn alle seid Ihr Kinder einer Mutter – der Wahrheit."*

Wir erinnern ... an Kurt Piehl und Wladimir Gall



Kurt Piehl
als
16jähriger



Kurt-Piehl-Straße



Kurt Piehl war in jungen Jahren ein aktiver Edelweißpirat in Dortmund und setzte sich gemeinsam mit seinen Freunden mit der Hitlerjugend auseinander.

Die Edelweißpiraten waren eine Widerstandsgruppe von unten. Vor allem Jugendliche aus dem Arbeitermilieu stellten sich gegen die Hitlerjugend und den nationalsozialistischen Drill, so auch der 1943 gerade mal 15 Jahre alte Kurt Piehl im Dortmunder Norden. Er musste bitter büßen. Als 17jähriger wurde er von der Gestapo verhaftet und in die Steinwache gebracht.

In seinem Buch „Latscher, Pimpfe und Gestapo“, das im Jahre 1980 erschienen ist, schildert Kurt Piehl u.a. seine Erfahrungen mit der Gestapo, seiner Verhaftung und seine Einlieferung in die Steinwache. Er berichtet über Folter und Misshandlungen durch Gestapobeamte. Und er schreibt von seinem sowjetischen Mitinhaftierten und Freund Wassil, dem er 1986 einen Nachruf widmete.

Kurt unterstützte in den achtziger Jahren den Dortmunder Jugendring, das historisch relevante Gebäude „Dortmunder Steinwache“ zu erhalten. Häufig hat er, insbesondere in gewerkschaftlichen Jugendgruppen, über seine Inhaftierung in der Steinwache und die Zeiten als Edelweißpirat gesprochen und mit den Jugendlichen diskutiert.

Eine
Antikriegstagsveran-
staltung des DGB
Links unten an der
Treppe Kurt Piehl

25.5.83

Abriß ist wie Folter

„Ich nehme zur Kenntnis, daß die CDU Innenstadt-Nord den Abriß der alten Steinwache empfiehlt, um dringend benötigte Parkplätze zu schaffen. Hier wurde endlich der Stein der Weisen gefunden.“

Dieses Verfahren kann sicherlich auch Städten mit ähnlichen Problemen angeraten werden. Ich denke an die Beseitigung parkplatzblockierender Bauwerke wie Kölner Dom, Frankfurter Paulskirche und Lübecker Holstentor.

An das in Aussicht gestellte Ersatzmahnmal sollten die Namen der Mörder, Folterer und Abrißverantwortlichen gleichberechtigt angebracht werden.

Wer nämlich den Abriß der Steinwache verfügt, macht sich der Begünstigung schuldig. Er entfernt die Fingerabdrücke der Gestapo vom Tatort Dortmund.“

Kurt Piehl
Jahnstr. 106
4619 Bergkamen-Oberaden



HIER GING ES ZU DEN ZELLEN zeigte Dr. Günter Högl den Teilnehmern einer Führung durch die Steinwache, bei der die Inhaftierten über die Zeit in Gestapo-Haft berichteten. waz-Bild: Meinert

„Ivan der Schreckliche“ lebte ganz normal weiter

Steinwachen-Häftlinge berichten vor Ort über ihre Leidenszeit

„Was passierte nach Kriegsende mit der Steinwache?“ „Wie sah der Alltag der Inhaftierten aus?“ Die Zeit verging wie im Flug, als im Vortragsraum der Rheinisch-Westfälischen-Auslandsgesellschaft vier Zeitzeugen nach einem Rundgang durch das alte Gestapo-Gefängnis erschütternd über ihre Erlebnisse in der alten Steinwache berichteten. Organisiert wurde das Forum, an dem außer den Zeitzeugen der stellvertretende Leiter des Stadtarchivs, Dr. Günter Högl, teilnahm, vom Deutschen Gewerkschaftsbund.

„Die Gestapo hatte es sich zur Aufgabe gesetzt, vier Verhaftete so lange zu prügeln, bis sie schließlich unter Todesqualen vierzig weitere Namen verrieten“, berichtete Emil Brune, der am 31. Oktober 1934 von der Staatspolizei festgenommen wurde. Am meisten interessierten sich die rund 60 Teilnehmer für das Schicksal der Gestapo-Männer nach Kriegsende. Kurt Piehl: „Als ich Anfang der 50er Jahre mit meiner

Entrüstung

Tochter spazierenging, sehe ich plötzlich den berühmten ‚Ivan der Schreckliche‘ in ganz normaler Polizeiuniform an der Straßenecke stehen.“

Entrüstung und verständnisloses Kopfschütteln bei allen Beteiligten, als Paula Jägermann und Elisabeth Schumshick – beide waren in der Steinwache inhaftiert – ein

weiteres Beispiel der laschen Entnazifizierung gaben: „Von den über 150 Gestapo-Männern saßen lediglich 25 auf der Anklagebank. Zehn der Angeklagten wurden später freigesprochen.“

Nach einer zweistündigen Gesprächsrunde, die wohl niemanden unberührt ließ, rief Ernst Söder, Chef des DGB-Jugendringes, dazu auf, „365 mal im Jahr den Antikriegstag zu begehen.“ K.M.

Erinnerung an Wladimir Gall

20.1.19 – 9.9.2011



Wladimir Gall wäre am Sonntag – 20. Januar 2019 - einhundert Jahre geworden.
Erinnern wir uns an ihn:



Wladimir Gall war im Jahre 2008 Gast des Internationalen Rombergpark-Komitees und nahm an den Karfreitagstagen an unseren Zusammenkünften teil. Auf dem Internationalen Friedhof in Dortmund-Wambel sprach er am Sowjetischen Ehrenmal. Wladimir besuchte die Bittermark und war am Karsamstag ebenfalls Gast bei der Feierstunde des DGB am Gedenkstein in Lippstadt (rechtes Foto). Der Förderverein zeigte später den Film „Ich war 19“, in dem Wladimir Galls Weg nach Deutschland und Ereignisse des Zweiten Weltkrieges nachgezeichnet wurden.

In Spandau gilt er als Retter der Zitadelle im Jahre 1945. Der Germanist hatte am 22. Juni 1941 in Moskau im Alter von 22 Jahren sein Diplom erhalten. Unter dem Eindruck des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion meldete er sich freiwillig zum Militärdienst. Ende April stand er im Rang eines Hauptmanns und in der Funktion eines Dolmetschers vor der Zitadelle, in die sich zahlreiche Zivilisten mit Kindern geflüchtet hatten, in der sich aber auch Volkssturm- Wehrmacht- und SS-Einheiten verschanzt hatten. Zusammen mit seinem Vorgesetzten Major Wassili Grischin sollte er als Parlamentär die kampflose Übergabe der Festung verhandeln, was ihm dann auch gelungen war. Das Scheitern der Mission hätte ein Blutbad und wohl auch die Zerstörung des Gebäudes zur Folge gehabt.



Nach dem Kriege wurde Gall in Halle Leiter der Kulturabteilung. Später arbeitete er als Hochschuldozent in Moskau.
An seinem 100. Geburtstag ehrte ihn der Bezirk Spandau in einem Festakt und benannte den führenden Weg um die Zitadelle in „Wladimir-Gall-Weg“.

Foto oben links: Wladimir Gall mit Gisa Marschefski und Ulli Sander.

Ein Rückblick in die Geschichte: 70 Jahre Grundgesetz

Schluss mit der Naziriecherei / Aus der Geschichte der BRD



Am 23. Mai 1949 beschloss der Parlamentarische Rat unter seinem Vorsitzenden Konrad Adenauer das Grundgesetz. 2019 findet es seit 70 Jahren Anwendung in der Bundesrepublik Deutschland.

Doch hatten die Väter des Grundgesetzes erheblichen Einfluss genommen auf die Weiterbeschäftigung von Nationalsozialisten in den Regierungen, Verwaltungen und der Justiz. Und auch im Außenministerium fanden sich wieder belastete Nazis zusammen, um an der Gesetzgebung der Bundesrepublik mitzuwirken und ihre Gedanken dort einzubringen.

Es war eine einfache Vereinbarung, auf die sich nach dem Kriege Millionen Deutsche in der Nachkriegsgesellschaft verständigt hatten. Hitler war schuld. Allein mit seinen nächsten Lakaien hatte er Diktatur und Terror installiert, Krieg und Holocaust entfacht. Es war eine Strategie zur Befreiung von einer Schuld, deren Ausmaß spätestens deutlich wurde, als die Alliierten gegen Ende des Krieges die Gräueltaten in den Konzentrationslagern entdeckten.

Tatsächlich hatten hunderttausende Deutsche den Massenmord an den Juden vollstreckt, von den anderen Massenverbrechen des Nationalsozialismus ganz abgesehen. Unzählige Menschen waren als Parteimitglieder, als Beamte oder auch als Sympathisanten Stützen des Regimes gewesen.

Mit einer derartigen Hypothek kann ein junger Staat auf zwei Arten umgehen. Er kann sich um Aufklärung und Gerechtigkeit bemühen. Oder er kann die Vergangenheit verschweigen. Für Konrad Adenauer war die Entscheidung klar, als er 1949 zum ersten

Kanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt wurde. „Ich meine, wir sollten jetzt mit der Nazi-Riecherei Schluss machen.“

Wie der Kanzler dachten viele. „Vergessenheit über die Vergangenheit“ empfahl Bernhard Reismann, Bundestagsmitglied der katholischen Zentrums Partei, Adolf Arndt, Nazigegner und SPD-Politiker, wünschte sich ein Ende der „Menschenjagd“.

Von „Jagd“ kann in der frühen Bundesrepublik kaum die Rede sein. Im Gegenteil, ehemaligen Parteigenossen und NS-Tätern standen Spitzenpositionen in der Politik offen. So etwa Hans Globke, einst Kommentator der rassistischen „Nürnberger Gesetze“, der unter Adenauer zum Staatssekretär wurde.

Oder Theo Oberländer, Beteiligter am Hitler-Putsch von 1923, NSDAP- und SA-Mitglied und später Chef des „Bundes deutscher Osten“. Mit ihm besetzte Adenauer 1953 das Amt des Vertriebenenministers.

Dafür musste Hans Lukaschek gehen, einst Widerstandskämpfer gegen Hitler.

Überhaupt der Widerstand. Claus Schenk Graf von Stauffenberg, der am 20. Juli 1944 Hitler mit einer Bombe zu töten versucht hatte, galt vielen Deutschen als Verräter, insbesondere bei Soldaten. Für

Kurt Meyer, Spitzname „Pantermeyer“, ehemals Generalmajor der Waffen-SS, der die Exekution von mehr als einem Dutzend kanadischen Kriegsgefangenen verantwortete, setzte sich Adenauer ein, als er in Haft saß.

Nach seiner Haftentlassung bedanke sich „Pantermeyer“ beim Kanzler. Auch SS-Standartenführer Martin Sandberger, der in Estland für den Massenmord an den Juden verantwortlich zeichnete, profitierte von dem allgemeinen Trend, zu vergessen.

Wenn schwerbelastete weiterhin Karriere machen konnten, wundert es nicht, dass auch auf anderen Ebenen ehemalige Nazis und Sympathisanten wieder in Amt und Würden standen. Auch mithilfe des Grundgesetzes. **Artikel 131 machte möglich, dass NS-Belastete wieder als Beamte arbeiten durften.**

Beim Aufbau der Demokratie nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland waren dann häufig dieselben Juristen tätig, die sich zuvor dem Führer Befehl verschrieben hatten. Auch und gerade im Bundesjustizministerium begegnen wir nach 1949 einer Vielzahl ehemaliger NS-Juristen wieder, die nun im Dienste des Grundgesetzes standen. In einzelnen Abteilungen des Ministeriums ergibt sich aus den Akten in den 1950er und 1960er Jahren ein „Belastungsgrad“ von 100 Prozent.

Manche Juristen, die nach 1949 in eine Spitzenposition im Bundesjustizministerium gelangten, waren für eine Vielzahl von Todesurteilen verantwortlich gewesen. „Der Dolch des Mörders war unter der Robe der Juristen verborgen“.

„Sie müssen die Menschen so nehmen, wie sie sind“, erklärte Adenauer. Polizisten, Lehrer, Justiz oder Außenministerium – überall waren „braune Westen“ weiterhin tätig. Auch teils solche, die schwere Verbrechen begangen hatten. Amnestien taten ihr Übriges.

Ohne die Mitwirkung der Juristen in den Gerichten, zumal den Sondergerichten und dem Volksgerichtshof, den Staatsanwaltschaften und der Reichsanwaltschaft hätte sich der Nationalsozialismus schwerlich durchsetzen können. Die Juristen halfen mit bei der Eliminierung vermeintlicher Staatsfeinde und sie waren beteiligt an der Ausarbeitung menschenverachtender Gesetze wie den Nürnberger Rassegesetzen vom September 1935, dem Nacht- und Nebelerlass vom Dezember 1941, mit dem geheime „Richtlinien für die Verfolgung von Straftaten gegen das Reich oder die Besatzungsmacht in den besetzten Gebieten“ erlassen wurden, oder der Sonderstrafrechtsverordnung für Polen und Juden in den eingegliederten Ostgebieten, dem Euthanasieprogramm und der Militärjustiz – um nur Beispiele zu nennen.

ZITAT Konrad Adenauer: „Sie können schmutziges Wasser nicht wegschütten, wenn sie noch kein frisches haben.“

Heute wissen wir: Die „Wiederverwendung“ belasteten Personals war politisch erwünscht.

1952 machte Adenauer allerdings klar, wo die Grenze für die Ewiggestrigen lag. Das Bundesverfassungsgericht verbot die Sozialistische Reichspartei (SRP), die unverhohlen nationalsozialistisches Gedankengut propagierte. Bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein hatte die SRP elf Prozent der Stimmen erhalten.

Ein Jahr später sorgte die britische Besatzungsmacht für Ordnung in Deutschland. Die liberale FDP war von einem Nazi-Netzwerk um den ehemaligen Goebbels-Staatssekretär Werner Naumann unterwandert worden. Am 15. Januar 1953 gaben die Briten die Verhaftung der Rädelsführer bekannt, darunter Ernst Achenbach.

Amt Gehlen – dann Bundesnachrichtendienst

Die „Organisation Gehlen“ wurde im Juni 1946 gebildet, unter der Leitung des ehemaligen „Chefs Abteilung Fremde Heere (Ost)“, Reinhard Gehlen, aus dem später, am 1. April 1956 der Bundesnachrichtendienst entstand. Sein erster Chef, Generalmajor und Sturmbannführer der SS, Reinhard Gehlen, baute ihn ohne Skrupel auf. Sein größter Schatz: Geheime Akten aus der Hitlerzeit und die Fähigkeit zur Lüge. Und er besetzte die wichtigsten Positionen mit alten bewährten „Nazikameraden.“

Eingestellt wurden zu einem großen Teil Ehemalige der SS, des SD, der Gestapo und der Abwehr und vor allem Offiziere der Wehrmacht. Für seine „außergewöhnlichen Verdienste“ erhielt Gehlen am 30.4.1968 das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband.

Gehlen war ebenfalls an den Vorbereitungen des Unternehmens „Barbarossa“ beteiligt, dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion am 21. Juni 1941. Er verantwortet damit auch den millionenfachen Völkermord an der Zivilgesellschaft in der Sowjetunion. Seine Osterfahrungen wurden gebraucht, bei den Alliierten und auch beim Aufbau der Bundesrepublik Deutschland.

Und auch das gibt es noch nach 70 Jahren Grundgesetz:



(aus Ruhr Nachrichten)

Artikel 1 des Grundgesetzes. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“

Ausstellungen

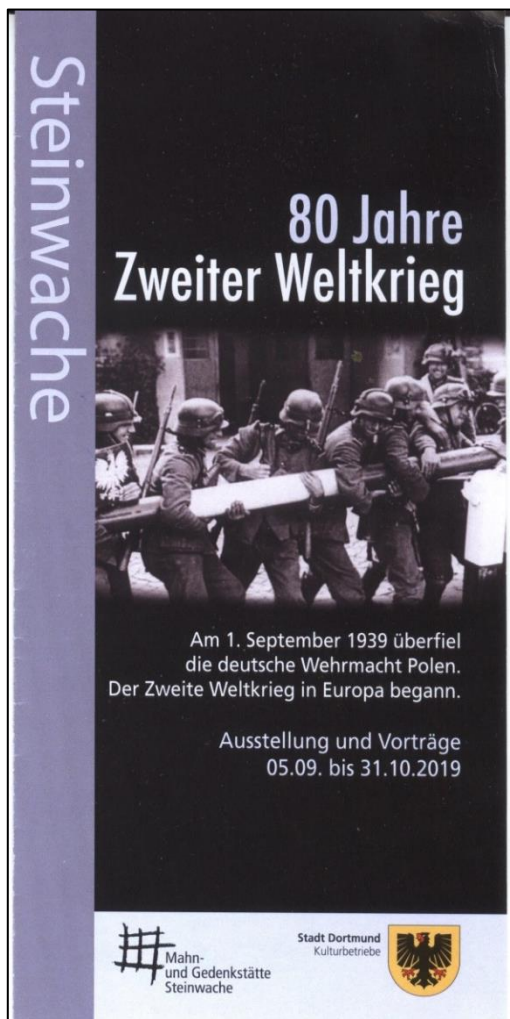
Selbstkritisch geht die Justiz in dieser Ausstellung auf ihre zentrale Rolle in der Nazi-Zeit ein und folgert, dass die Justiz den NS-Staat gestützt hat.

Unter dem Deckmantel einer unabhängigen Justiz sprach sie ihre Urteile „im Namen des deutschen Volkes“, diente jedoch einem verbrecherischen System. Als Ministerialbeamte wirkten Juristen häufig an der Diskriminierung und Entrechtung von Menschen mit; als Staatsanwälte beantragten und als Richter verhängten Juristen ungerechte sowie unmenschlich harte Strafen:

Zehntausende Todesurteile – davon allein 5000 Todesurteile des Volksgerichtshofes. In vielen Fällen handelte es sich um nichts anderes als Todesurteile der Justiz auf Geheiß der Führung des NS-Staates. Viele Nazi-Richter konnten später in der jungen Bundesrepublik ihre Karrieren meist unbehelligt fortsetzen.

„Die Auseinandersetzung mit unserer jüngsten Vergangenheit erfordert gewiss ein Wissen um Fakten, aber das genügt nicht, nötig ist auch der Versuch ihrer Deutung, ohne die keine Folgerungen und keine Lehre gezogen werden können.“

(Fritz Bauer)



Zwei Monate war die Ausstellung in der Steinwache zu sehen. Sie beschäftigte sich nicht nur mit den Massenverbrechen in Europa sondern insbesondere auch mit dem Thema „Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg.“ Und so hoch der Preis auch war, den die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg zahlte, so konsequent wurde er seitdem vergessen und verleugnet. Auf der Basis langjähriger Recherchen des Rheinischen Journalistenbüros in über dreißig Ländern Afrikas, Asiens und Ozeaniens werden die Folgen des Zweiten Weltkrieges für die Dritte Welt in der Ausstellung gezeigt. Mit mehreren Vortragsveranstaltungen wurde die Ausstellung zusätzlich bereichert.

Mit Informationsblättern und Flyern haben wir – und insbesondere das Stadtarchiv – vielfach auf die beiden Ausstellungen hingewiesen, und sie wurden auch von Mitgliedern des Fördervereins aufgesucht.



Dortmund setzt Zeichen gegen Antisemitismus und Rassismus

- Verbot der Nazi-Demonstration -

Nach den Morden in Halle und den vorausgegangenen Umtrieben der Alt- und Neonazis in Dortmund hat die Stadtgesellschaft mit ihren verschiedenen Bündnissen gemeinsam zu einer Demonstration am 14. Oktober 2019 aufgerufen, um gemeinsam den Neonazis entschlossen entgegenzutreten. Außerdem haben die Beteiligten gemeinsam in einem Brief die Polizei aufgefordert, wegen der veränderten Rahmenbedingungen den Aufmarsch zu verbieten. Ob Verbot – oder nicht – ein Zeichen gegen Antisemitismus und Rassismus haben die Bündnisse in einer gemeinsamen Aktion sehr deutlich gemacht.

Der Brief an den Polizeipräsidenten Gregor Lange und seine Vizepräsidentin Alexandra Dorndorf hatte folgenden Inhalt:

Sehr geehrter Herr Polizeipräsident Lange, sehr geehrte Frau Vizepräsidentin Dorndorf,

ich schreibe Ihnen im Auftrag des Begleitausschusses der Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie. Wie Sie wissen besteht das Gremium aus allen wesentlichen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen unserer Stadt. Das Gremium hat am 10. Oktober 2019 beschlossen, Sie aufzufordern, die Neonazi-Aufmärsche durch die Nordstadt zu untersagen.

Begründung:

Die menschenverachtenden Morde sowie die Angriffe auf die Synagoge in Halle durch einen Rechtsextremen erschüttert das ganze Land, erschüttert auch die demokratische Stadtgesellschaft zutiefst.

Es ist unerträglich, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland angegriffen werden. Die Angriffe und Morde von Halle, jeder Angriff auf jüdische Menschen und Einrichtungen sind Angriffe auf uns alle und auf die Werte unserer freien Gesellschaft. Antisemitismus ist deshalb mit aller Kraft und rechtsstaatlicher Härte zu bekämpfen, auch in Dortmund. Auch die Dortmunder Polizei hat sich mehrfach klar gegen Antisemitismus geäußert und ist im März 2019 dem Dortmunder Netzwerk gegen Antisemitismus beigetreten.

Trotzdem ziehen in Dortmund Neonazis immer wieder mit antisemitischen Parolen und dem Ruf „Nie wieder Israel“ durch die Straßen. Allerdings wird im Auftreten deutlich, dass es sich nicht um eine wie immer geartete „Israel-Kritik“ handelt, sondern um Antisemitismus. Dies wird in den Störaktionen beim Pogromnacht – Gedenken in Dorstfeld, aber auch beim Skandieren der Parole „Wer Deutschland liebt ist Antisemit“, der Unterstützung der notorischen Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck sowie andere auch gerichtlich anhängige Äußerungen deutlich wie die des „Die Rechte“ – Bundesvorsitzenden Sascha Krolzig, der den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde in Bielefeld als „frechen Juden-Funktionär“ bezeichnet hat und dafür am 10. Oktober 2019 in zweiter Instanz verurteilt wurde. Die sind nur einige Beispiele für die antisemitische Grundhaltung der Dortmunder Neonazis.

Diese Rufe sind der verbale Aufruf für antisemitische Taten und Täter in Halle oder sonst wo.

Die Dortmunder Neonazis haben angekündigt, am 12. Montag durch die Nordstadt zu marschieren – zwei dieser Montagsaufmärsche haben bereits stattgefunden, der nächste ist für den kommenden Montag angekündigt. Es ist zu erwarten, dass auch dabei wieder die o.g. sowie weitere antisemitische Parolen gebrüllt werden.

Nicht nur, aber erst recht seit dem rechtsextremen Attentat in Halle halten wir das für unerträglich und nicht hinnehmbar. Es muss insbesondere für unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger gerade auch in Dortmund wie ein Hohn klingen, wenn wenige Tage nach dem Terror in Halle und dem Angriff auf die dortige Synagoge der verbale antisemitische Hass auf den Straßen marschiert und zu hören ist.

Das Oberverwaltungsgericht Münster hat im Mai 2018 festgestellt, dass allein durch das Skandieren dieser Parolen die Grenzen der Meinungsfreiheit nach Art 5 GG noch nicht überschritten seien und für sich genommen nicht den Strafbestand der Volksverhetzung erfüllten. Gleichzeitig hält das Gericht fest, dass es keine konkreten Anhaltspunkte dafür gäbe, „(...) dass der Antragsteller (hier: die Partei DIE RECHTE) die Parole ‚Nie wieder Israel‘ oder eine vergleichbarere Äußerung im Zuge der angemeldeten Versammlung mit einem paramilitärischen Auftreten verknüpfen werde.“

Gerade nach dem Terroranschlag in Halle sind wir der Auffassung, dass das nicht so stehen bleiben darf. Denn was sollte vor dem Hintergrund der von einem Rechtsextremen verübten und der geplanten weiteren Morde an Mitgliedern der jüdischen Gemeinde in Halle die von Nazis in Dortmund gebrüllte Parole „Nie wieder Israel“ anders sein als ein „die Bevölkerung einschüchterndes aggressives, gewalttätiges Auftreten“?

Dazu kommt, dass der Dortmunder Neonazi-Aufmarsch am kommenden Montag wahrscheinlich bundesweit der erste rechtsextreme Aufmarsch nach den schrecklichen Ereignissen in Halle sein wird. Deshalb ist damit zu rechnen, dass er aus diesem Grund medial weit über Dortmund hinaus begleitet, beobachtet und kommentiert werden wird. Dortmund würde dann wieder einmal bundesweit in das Licht einer Nazi-Hochburg geraten, in der Rechtsextreme sogar nur fünf Tage nach einem rechtsextremen Attentat ungestört marschieren dürfen.

Nicht unerwähnt bleiben sollte zudem, dass der Täter von Halle auch gezielt Jagd auf Menschen mit Migrationshintergrund gemacht hat. Er tötete in einer Döner-Bude einen Migranten und versuchte weitere zu töten, was ihm nur auf Grund seiner Ladehemmung der Waffe misslang. Neonazis danach durch die Nordstadt ziehen zu lassen – einem mehrheitlich migrantisch geprägten Viertel – in dem auch der NSU mit einem Kiosk-Mord seine Spuren hinterlassen und viel Leid verursacht hat, ist nicht hinnehmbar.

In diesem Zusammenhang wollen wir auch unseren Unmut nicht verhehlen, dass beim letzten Aufmarsch die Neonazis – entgegen der Zusicherung der Polizei – an der NS-Mahn- und Gedenkstätte Steinwache und dem NSU-Mahnmal vorbeigeleitet wurden.

Bereits vor zwei Wochen haben die Neonazis am Jüdischen Neujahr mit dem Skandieren „Nie wieder Israel“ und „Palästina hilf uns doch, Israel gibt es immer noch“ für bundeweite Empörung gesorgt und auch den israelischen Botschafter zu einem klaren Statement genötigt. Am 14. Oktober und dem 21. Oktober sind zudem erneut jüdische Feiertage. Daher sind solche Aufmärsche überhaupt nicht hinnehmbar. Am kommenden Montag ist der Eklat vorprogrammiert, da mit Dieter Riefeling einer bekanntesten Hetzer der deutschen Neonazi-Szene – er ist mehrfach einschlägig vorbestraft – als Redner angekündigt ist.

Wir fordern Sie deshalb auf, vor diesem Hintergrund die Aufmärsche zu verbieten. Noch heute werden drei zivilgesellschaftliche Organisationen für den kommenden Montag jeweils Versammlungen anmelden.

Antisemitismus, Rassismus und jede Form von Menschenfeindlichkeit dürfen in Deutschland keinen Platz haben.

Im Namen der Mitglieder des Begleitausschusses: Hartmut Anders-Hoepgen – Vorsitzender

Unterstützer:

Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus – Bündnis Dortmund gegen Rechts – BlockaDo -
Arbeitskreis Christen gegen Rechtsextremismus – Runder Tisch gegen Extremismus Lütgendortmund
– Runder Tisch für Toleranz und Verständigung in Dorstfeld – Netzwerk gegen Rechts in Mengede –
Runder Tisch für ein demokratisches Eving – **Förderverein Gedenkstätte Steinwache** –
internationales Rombergpark-Komitee - BVB Fanbeauftragte – Ballspielverein Borussia -
Mitglieder der Ratsfraktion CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Die Linke – DGB Dortmund-Hellweg –
Katholische Stadtkirche – Auslandsgesellschaft NRW e.V. – BackUp – CoBaYana –
Quartiersdemokraten – Jugendring Dortmund – Pro Dortmund e.V.



Antwort der Polizei



Polizei Dortmund

11.10.2019 – 16:33 Uhr

POL-DO: Dortmunder Polizei begrüßt angekündigten friedlichen Gegenprotest

Dortmund (ots) - Lfd. Nr.: 1186

Nach der Tat am Mittwoch (9.10.) in Halle an der Saale steht die Dortmunder Polizei weiterhin in engem Kontakt mit der jüdischen Gemeinde in Dortmund. Der Schutz der jüdischen Gemeinde und der jüdischen Bevölkerung in Dortmund hat dabei höchste Priorität.

Vor der erneuten Demonstration einer rechtsextremen Partei am Montag (14.10.) stellt die stellvertretende Polizeipräsidentin in Dortmund, Alexandra Dorndorf, klar: "Unabhängig von einer strafrechtlichen Bewertung sind antisemitische Äußerungen in jedweder Form für die Polizei absolut nicht tragbar. Deshalb werden wir auch bei künftigen Demonstrationen von Rechtsextremisten in Dortmund mit einer Null-Toleranz-Strategie gegen Antisemitismus vorgehen. Wir begrüßen den nunmehr für Montag angekündigten friedlichen Gegenprotest ausdrücklich."

Die Polizei hat absolutes Verständnis für die öffentliche ablehnende Bewertung gegenüber der angemeldeten Versammlung von Rechtsextremisten. Auch mit Blick auf die rechtsextreme Versammlung am kommenden Montag prüft die Dortmunder Polizei alle Möglichkeiten des Versammlungsrechts, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Hierbei ist der Schutz der jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger vor Volksverhetzung u.a. durch antisemitische Parolen ein wichtiges Ziel.

In allen ihren Entscheidungen ist die Polizei an Recht und Gesetz gebunden. Auf Grundlage des Versammlungsgesetzes hat die Dortmunder Polizei in den vergangenen Jahren auch vor Verwaltungsgerichten immer wieder strenge Auflagen durchsetzen können, um nationalsozialistische und antisemitische Parolen zu unterbinden.

Die Polizei unterstützt jeden Aufruf zu friedlichem Protest, der auf Grundlage des Versammlungsgesetzes zu schützen ist. Nicht friedlicher Protest spielt Rechtsextremisten in die Hände.

Rückfragen bitte an:

Polizei Dortmund
Peter Bander mann
Telefon: 0231-132-1023
E-Mail: Peter.Bander mann@polizei.nrw.de
<https://dortmund.polizei.nrw/>





Riesen-Protest: 2000 Menschen stellen sich Neonazis entgegen.

Ein großes Bündnis protestiert gegen die Rechtsextremen.

Ein starkes Zeichen der Zivilgesellschaft: fast 2000 Menschen sind am Montagabend des 14. Oktober 2019 gegen einen Neonazi-Aufmarsch auf die Straße gegangen. Anders als an den vorausgegangenen Montagen haben nach den antisemitisch und rechtsextremistisch motivierten Angriffen in Halle jetzt vier Dortmunder Bündnisse gemeinsam gegen Neonazis demonstriert.

An der Steinwache und am Platz des NSU-Mahnmals formierten sich die Menschen und zogen zum Gerichtsviertel.

Die Standkundgebung an der Gerichtsstraße zwischen Kaiserstraße und Hamburger Straße wurde vom FöV, Gedenkstätte Steinwache-IRPK in Kooperation mit dem AKS Dortmund gegen Rechtsextremismus durchgeführt. Die

Anmeldung bei der Polizei, die Organisation und Leitung hatte Georg Deventer als stellv. Vorsitzender des Fördervereins übernommen.

Die Ansprache von Georg Deventer:

Ich darf Sie und Euch alle hier am Versammlungsort herzlich begrüßen und freue mich, dass Sie und Ihr alle ein deutliches Zeichen gegen rechte Hetze, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit setzt.

Seit heute Morgen gibt es eine neue Lage, nachdem die Rechten ihren Montagsaufmarsch hier ins Gerichtsviertel verlegten. Aber wir konnten – mit Unterstützung der Polizei – auch umdisponieren und so sind wir alle nun an diesem Ort.

Wir sind zutiefst erschüttert über den Terroranschlag in Halle. Wir trauern um die ermordeten Menschen und mit ihren Angehörigen. Unsere Solidarität gilt ihnen und den jüdischen Gemeinden.

Es ist abscheulich, dass Rechtsradikale in Deutschland wieder Synagogen stürmen und jüdische Mitbürger töten wollen.

Wer bei dieser entsetzlichen Gewalttat von Alarmsignalen und Einzeltätern spricht, der ignoriert oder verharmlost, was seit langem offensichtlich ist: Rechte Hetzer und Gewalttäter agieren immer unverfrorener gegen unser friedliches Zusammenleben.

Die Duldung oder Gleichgültigkeit in den zurückliegenden Jahren ist mitverantwortlich für ein Klima, in dem Menschen sich zu solchen Taten berufen fühlen. Die Trägheit von Politik und Gesellschaft angesichts dieser Bedrohung ist ein Skandal. Wir müssen den Feinden der Demokratie entschiedener denn je entgegen treten.

Es ist ja kaum noch auszuhalten, dass die Rechte heute wieder erneut aufmarschiert, um Solidarität mit zwei ihrer Gesinnungsgenossen, die hier im Lübecker Hof nach Straftaten einsitzen, zu zeigen.

Wir erwarten heute Abend den Aufmarsch der Rechten von der Funkenburg über die Hamburger Straße stadteinwärts bis hierhin zur JVA.

Wir werden ihnen mit dieser Kundgebung zeigen, dass sie keine Chancen haben, unser friedliches ziviles Zusammenleben zu zerstören. Willy Brandt hat einmal gesagt: „Demokratie fällt nicht vom Himmel und muss ständig erkämpft werden.“ Insofern ist es wichtig, dass Sie alle, dass ihr alle heute hier seid.

Und das Gute ist, dass drei verschiedene Dortmunder Bündnisse gemeinsam auftreten, der Arbeitskreis Dortmund gegen Rechtsextremismus, das Bündnis Dortmund gegen rechts und BlockaDo.

Lassen Sie uns in einer Schweigeminute den Opfern in Halle und allen Opfern rechter Gewalt gedenken.

Im Laufe der Kundgebung gab es weitere Redebeiträge von

- **Jutta Reiter**, Vorsitzende des DGB Region Hellweg, für den AKS Dortmund gegen Rechtsextremismus,
- **Iris Bernert-Leushacke**, Sprecherin des Bündnisses BlockaDo,
- **Klaus Wegener**, Präsident der Auslandsgesellschaft,
- **Mona Neubaur**, Landesvorsitzende der Partei B 90/Die Grünen in NRW sowie im Laufe der Kundgebung weitere spontane Redebeiträge von **Volkan Baran**, SPD MdL und von **Jannik**, einem jungen Kundgebungsteilnehmer.



Es fing nicht mit Gaskammern an.

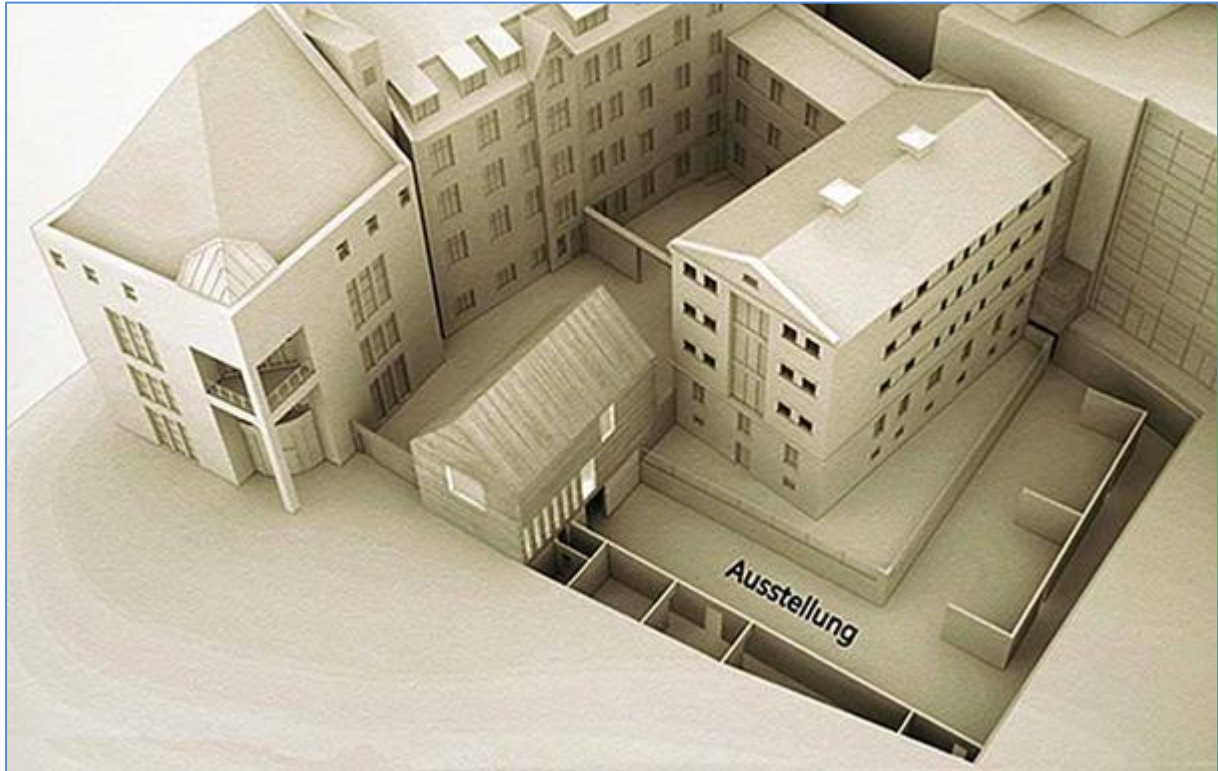
Es fing an mit einer Politik, die von WIR
gegen DIE sprach. Es fing an mit Intoleranz
und Hassreden. Es fing an mit der

Aberkennung von Grundrechten. Es fing an mit brennenden Häusern.

Es fing an mit Menschen, die einfach wegschauten.

Auf dem obigen Foto: Links Georg Deventer, daneben Klaus Wegener und Volkan Baran, MdL
(Bildmitte), am Mikrofon Iris Bernert-Leushacke
(Foto Nordstadtblogger)

Modell eines Architektenwettbewerbs für den geplanten Anbau an der Steinwache



Bei den Überlegungen einer Neukonzeption der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache ist deutlich geworden, dass der bestehende Gebäudekomplex die zukünftigen Anforderungen der Einrichtung nicht mehr erfüllen kann. Angesichts der räumlichen Situation im ehemaligen Gefängnisgebäude soll für eine dem gewachsenen Bedarf entsprechende Erweiterung der Räumlichkeiten für Seminare, Vortragsveranstaltungen und Wechselausstellungen ein eigenes Gebäude geschaffen werden.

Dieses muss neben dem Bedarf von Seiten der Gedenkstätte die Vorgaben des Denkmalschutzes erfüllen und Aspekte der baulichen Situation des gesamtcomplexes Steinwache, wie er vor dem Krieg und den Zerstörungen durch Bomben ausgesehen hat, aufgreifen.

Die Post würdigt Fritz Bauer

fotografie: stefan mores | © stefan mores archiv



Fritz Bauer gehörte zu den einflussreichsten jüdischen Remigranten im Nachkriegsdeutschland. Als Generalstaatsanwalt schrieb er deutsche Geschichte.

LEIDENSCHAFTLICHER DEMOKRAT FRITZ BAUER (1903–1968) **WISSEN**

Nach dem Studium der Rechtswissenschaft wurde Fritz Bauer 1930 bereits mit 26 Jahren zum Amtsrichter berufen – dem jüngsten der Weimarer Republik. Er engagierte sich früh für die Demokratie und war Mitgründer des Republikanischen Richterbundes in Württemberg. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten 1933 wurde er im Konzentrationslager Heuberg interniert. Ende 1933 kam er frei, emigrierte 1936 nach Dänemark und floh 1943 weiter ins neutrale Schweden. Dort gründete er mit Willy Brandt und anderen die Exil-Zeitschrift »Sozialistische Tribüne« und engagierte sich in der Exilorganisation der SPD. Nach seiner Rückkehr 1949 nach Deutschland machte er sich als Generalstaatsanwalt die strafrechtliche Verfolgung von NS-Tätern und den Aufbau einer demokratischen Justiz zur Lebensaufgabe. Seinem Wirken ist zu verdanken, dass die Attentäter des 20. Juli 1944 in der Gesellschaft heute positiv erinnert werden.



Serie: **Demokratie**
IN DEUTSCHLAND



Die Briefmarke der Serie »Aufrechte Demokraten« zu Ehren von Fritz Bauer erscheint am 2. November 2019.

Serie »Aufrechte Demokraten«

Geradliniger Staatsanwalt

Bei der juristischen Aufarbeitung der Nazizeit setzte der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer klare Maßstäbe. In den 1960er-Jahren initiierte er die Frankfurter Auschwitzprozesse – die erste systematische Ermittlung gegen Holocaust-Täter.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde gegen mutmaßliche Nazitäter, die das millionenfache Quälen und Morden in den Konzentrationslagern zu verantworten hatten, nur in Einzelfällen ermittelt. Der 1903 in Stuttgart geborene Jurist Fritz Bauer fand diesen Zustand unerträglich. Er initiierte – auch gegen die Widerstände anderer Juristen – aufsehenerregende Prozesse, die für weitere strafrechtliche Ermittlungen wegweisend wurden. Mit den in Gang gebrachten Gerichtsverfahren prägte er auch die bis dahin nur sporadisch erfolgte öffentliche Diskussion um den Holocaust und die Verantwortung der Täter sowie der Mitläufer.

Eintreten für die Ehre der Widerständler

Bekannt wurde Bauer 1952 durch einen Prozess gegen den ehemaligen Generalmajor Otto Ernst Remer. Dieser hatte 1951 bei einer Parteiveranstaltung die Hitler-Attentäter um Claus Schenk Graf von Stauffenberg als Landesverräter bezeichnet. Bauer bewirkte die Verurteilung Remers wegen Verleumdung und Verunglimpfung. »Ein Unrechtsstaat wie das Dritte Reich«, so argumentierte Bauer in seinem Plädoyer, »ist überhaupt nicht hochverrätisch.« Bedeutsam ist dieser Prozess vor



Bund MiNr. 3037

... eine Erinnerung an einen aufrichtigen Demokraten und Antifaschisten



alles deshalb, weil die Richter im Zuge ihrer Verurteilung Remers wegen Verleumdung die Unrechtmäßigkeit des Naziregimes klar feststellten. Damit schufen sie eine gute juristische Grundlage für weitere Prozesse. Der Umstand, dass Remer am 20. Juli 1944 beim Scheitern des Staatsstreichs gegen das nationalsozialistische Regime eine Schlüsselrolle gespielt hatte, war in diesem Verfahren nicht von Belang.

Täter treffen Überlebende im Gerichtssaal

Für internationales Aufsehen sorgte Bauer vor allem durch die Einleitung des Frankfurter Auschwitzprozesses (1963–1965). Es war das erste Ermittlungsverfahren, das die in den Konzentrationslagern begangenen Untaten umfassend untersuchte. Der Einleitung der Auschwitzprozesse waren vier Jahre intensiver Vorermittlungen vorausgegangen. Im ersten Prozess, der gegen 22 Angehörige der Lager-SS und einen Helfer eröffnet wurde, sagten in Anwesenheit der Täter zahlreiche Holocaust-Überlebende als Zeugen aus. Das zwanzig Monate dauernde Verfahren führte der Öffentlichkeit den menschengeschichtlich beispiellosen Massenmord vor Augen. 17 Angeklagte wurden verurteilt. In zwei folgenden Auschwitzprozessen kam es bis 1968 zu weiteren Verurteilungen. Darüber hinaus startete Bauer auch Ermittlungen gegen Mediziner und Juristen, die an den Euthanasieverbrechen der Nazis beteiligt waren.

Kämpfer für rechtsstaatliche Justiz

Bauer verstand die NS-Prozesse als dringend notwendige Beiträge zur demokratischen Justizreform. Eine wichtige Rolle spielte er bei der Ergreifung Adolf Eichmanns. Nachdem Bauer 1957 einen Hinweis erhalten hatte, dass sich der weltweit gesuchte Mitorganisator der Deportationen und der Vernichtung von mehreren Millionen Juden in Argentinien aufhielt, schaltete er nicht das Bundeskriminalamt ein, sondern den israelischen Geheimdienst. Da in deutschen Behörden viele Mitarbeiter mit Nazivergangenheit arbeiteten, fürchtete er, die brisante Information würde unter den Tisch fallen. Bauers Mitteilung war der entscheidende Anstoß, der 1960 zu Eichmanns Ergreifung führte.

Fritz Bauers Wirken für den Aufbau einer rechtsstaatlichen, demokratischen Bundesrepublik Deutschland kann kaum überschätzt werden. Der ebenso mutige wie entschlossene Generalstaatsanwalt, der in der damaligen bundesdeutschen Justiz ein Einzelgänger blieb, starb am 1. Juli 1968 – wenige Wochen nach Abschluss des dritten Auschwitzprozesses.

»Die Auschwitz-Prozesse, die es ohne Bauer nicht gegeben hätte, waren eine Wegmarke in der Geschichte der Bundesrepublik. Doch es waren nicht die Prozesse allein, es war Bauers Beispiel, sein Widerstand gegen ein Fortwirken des Personals und der Ideologie des NS-Regimes, das maßgeblich dazu beitrug, dass aus dieser Republik der demokratische Rechtsstaat wurde, der er heute ist.«

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier beim Gedenakt zum 50. Todestag Fritz Bauers in der Paulskirche



Bund MiNr. 1163



Bund MiNr. 1741

Mehrfach haben wir in unseren Jahresberichten über Fritz Bauer geschrieben. Die Deutsche Post hat im November 2019 eine Sondermarke herausgegeben und informierte in dem Philatelie-Journal „postfrisch“ in der Serie „Aufrechte Demokraten“ über den früheren Generalstaatsanwalt.

Der Artikel ist recht aufrichtig und interessant formuliert und bestimmt interessant für alle, die sich in der Vergangenheit mit Fritz Bauer auseinandergesetzt und sein Wirken in der Verfolgung von Nazi-Verbrechern verfolgt haben.



Diese Broschüre (neu aufgelegt) beinhaltet den von Fritz Bauer im Juli 1960 vor Vertretern des Landesjugendringes in Rheinland-Pfalz gehaltenen Vortrag und die Auseinandersetzung mit dem Kultusministerium in Rheinland-Pfalz.

CEP Europäische Verlagsanstalt
ISBN 978-3-86393-085-1

Volkstrauertag 17.11.2019 Veranstaltungen in Dortmund



Am 17. November fand auf dem Internationalen Friedhof am Rennweg eine Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertag statt, die von Schülerinnen und Schülern der Europaschule mitgestaltet wurde. Auf dieser Gedenkveranstaltung wurde an die Menschen erinnert, die in Dortmund Zwangsarbeit leisten mussten. Viele überlebten das nicht. Sie sind an den harten Arbeitsbedingungen und an einer fehlenden Versorgung gestorben.

Anlässlich dieses Tages erinnerte der historische Verein Ar.kod.M.e.V. an die verstorbenen sowjetischen Kriegsgefangenen und zivil Arbeiter*innen. Dem historischen Verein war dabei wichtig, diese Erinnerung so konkret wie möglich zu machen und den Verstorbenen einen Namen und ein Gesicht zu geben (s. dazu auch das Foto mit Dmitry Kostovarov und Hannelore Tölke).

„Aktion 3“

Deutsche verwerten jüdische Nachbarn

Ausstellung

Ausstellung in der Steinwache, Steinstraße 50, Dortmund, vom 6. November bis 15. Dezember (Eintritt frei)

Eröffnung

Eröffnung am 6. November um 19:00 Uhr, Einführung Prof. Dr. Wolfgang Dreßen, Rezitation Tirzah Haase. Im Rahmenprogramm wird der Film „Marianne Heimkehr – Die Jüdin, der Beamte und das Dorf“ von Gerd Mohnheim gezeigt.

Bitte Rückseite beachten

Film

Filmvorführung „Menschliches Versagen“: Filmdokumentation über Arierisierung und die Rolle der Finanzämter mit dem Regisseur Michael Verhoeven am 16. November um 20:30 Uhr im Filmtheater Schauburg, Brückstraße 66, Dortmund.

Führungen

Führungen durch die Ausstellung sind nach Anfrage möglich: dortmundgegenrechts@gmx.net

Veranstalter: Bündnis Dortmund gegen Rechts, mit Unterstützung von: Wir in Dortmund, Förderverein Mahn- und Gedenkstätte Steinwache – Int. Rombergparkkomitee, VVN/BdA

Seit Herbst 1941 wurde im Deutschen Reich unter dem Tarnnamen „Aktion 3“ die Ausplünderung der jüdischen Deportierten durch ein Netzwerk aus Finanzämtern, Zoll und Gestapo systematisch organisiert. Das Reichsfinanzministerium gab Anweisungen heraus, wie das Vermögen der deutschen Juden einzuziehen ist. Der Staat bereicherte sich durch die öffentliche Versteigerung allen Besitzes der deutschen Juden. Von der Ausplünderung der letzten Habe der deutschen Juden profitierten weite Kreise der Bevölkerung. Diese Entrechtung und Enteignung ist in den durch die Finanzbehörden geführten Akten heute nachvollziehbar. Die Ausstellung dokumentiert diese Akten und zeigt die tiefe Entrechtung der Betroffenen.

Der Förderverein hat den Aufruf zur Ausstellung unterstützt

Ernst Söder

In eigener Sache – persönliche

Anmerkungen zum Ende meiner Tätigkeit als Vorsitzender des FöV.



Mit der Veröffentlichung dieses Jahresberichtes beende ich nach 20 Jahren meine ehrenamtliche Tätigkeit als Erster Vorsitzender des Fördervereins Gedenkstätte-Steinwache-Internationales Rombergpark-Komitee e.V. Erstmals zum Vorsitzenden gewählt wurde ich am 16.12.1999.

Inzwischen bin ich achtzig Jahre geworden und möchte, dass die bisher von mir wahrgenommenen Aufgaben künftig ein anderes Vereinsmitglied übernimmt. In der Mitgliederversammlung, die wir für Samstag, 7. März 2020 vorgesehen haben, werde ich nicht erneut kandidieren.

Gern bin ich bereit, weiterhin mitzuarbeiten und bestimmte Aufgaben zu übernehmen, vorausgesetzt gesundheitliche Hindernisse stehen dem nicht entgegen. Ich möchte auch noch einige Papiere und Unterlagen aus der Vergangenheit aufarbeiten und zusammenfassen, damit nichts verloren geht.

Und ich möchte aufzeigen, unter welchen Bedingungen die Arbeit des Fördervereins begann, nachdem der Rat 1984 seine bisherigen Beschlüsse für einen Abriss des Gebäudes zurückgezogen und beschlossen hatte, nach etlichen Bemühungen, insbesondere des Dortmunder Jugendringes, die Gebäude der Steinwache zu erhalten und dass die Ausstellung „Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933-1945“ ebenfalls ihren endgültigen Platz in der Steinwache haben sollte und nicht in einem Bunker im Westpark in Dortmund.

Ich habe versucht, in den zwanzig Jahren als Vorsitzender des Fördervereins die vielfachen Projekte der Erinnerungskultur zu begleiten und dafür zu wirken, dass der Förderverein in Dortmund und darüber hinaus eine anerkannte Einrichtung geworden ist.

Gut gelungen ist uns auch der Zusammenschluss zweier Vereine im Jahre 2011, als das Internationale Rombergpark-Komitee e.V. dem Förderverein Gedenkstätte Steinwache beigetreten ist und es möglich war, beide Namen miteinander zu einer Vereinsbezeichnung zu verbinden.

Der Vorstand hat begonnen, die Aufgaben und Ziele des Fördervereins für die kommenden Jahre neu zu definieren. In einer Klausurtagung und Vorstandssitzung haben wir dazu einen Anfang gemacht. Entscheiden müssen am Ende die Vereinsmitglieder; ich denke, das ist das richtige Verfahren, weil es möglicherweise auch satzungsrelevante Änderungen geben wird.

Zum Abschluss nach zwanzig Jahren: Dank an alle, die gemeinsam mit mir einen Teil dieses Weges gegangen sind und mich unterstützt und begleitet haben. Danke für die Freundschaft und Anerkennung, die ich dabei erfahren durfte.

E.S.

